

Claudia Christiane Gatzka

Die Blüte der Parteiendemokratie

Politisierung als Alltagspraxis in der Bundesrepublik, 1969–1980

An einem Spätsommertag des Jahres 1976, mitten im Bundestagswahlkampf, nahm Wahlbürger Kurt Lilie am Hamburger Flughafen einen Linienbus in Richtung Hauptbahnhof. Während der Fahrt stellte der 69-jährige Lübecker irritiert fest, dass der Busfahrer die Wartezeit vor roten Ampeln nutzte, um auszusteigen und an den umstehenden Fahrzeugen Aufkleber anzubringen. »SPD« stand auf den Stickern, die er sich extra stapelweise neben dem Lenkrad bereitgelegt hatte. Nachdem Lilie das Treiben eine Weile beobachtet hatte, trat er zum Fahrer und wies ihn zurecht, er gefährde seine und die gesamte Verkehrssicherheit. Es folgte ein lauter, aufgeregter Meinungsaustausch, doch schließlich verzichtete der Busfahrer auf weitere Klebeaktionen, bis der Lübecker ausgestiegen war. Dessen ungeachtet notierte sich dieser das polizeiliche Kennzeichen des Busses und die Dienstnummer des Fahrers. Allerdings wandte er sich damit nicht etwa an die Polizei oder an die Hamburger Hochbahn AG, sondern rief direkt bei der Geschäftsstelle der Hamburger CDU an, um Mitteilung zu machen.¹

Solche Episoden fanden statt in einer Zeit, da Eltern über »allzu einseitige Parteinehme« der Lehrer im gymnasialen Unterricht für die SPD klagten oder Personalräte in Bezirksämtern sozialdemokratisches Wahlwerbematerial in ihren Dienstzimmern aushängten.² Diese Politisierung, die hier das Vordringen der Parteiendemokratie in das Alltagshandeln westdeutscher Wahlbürger bezeichnen soll, kennzeichnete die Bundesrepublik in den 1970er-Jahren. Sie ließ Westdeutsche in ihrem sozialen Alltag in die Rolle parteipolitischer Agenten schlüpfen. In diversen Interaktionssituationen traten sie offen oder verdeckt für die Partei ein, der sie nahestanden, und beobachteten die Aktivitäten des politischen Gegners. Nicht selten handelten sie dabei in Eigenregie, und nicht notwendigerweise waren sie im Besitz eines Parteibuchs. Es war Ausweis der polarisierten Atmosphäre der 1970er-Jahre, dass auch herkömmliche Wählerinnen und Wähler begannen, sich auf eine politische Frontseite zu schlagen.³

1 Vermerk, Betr. Verhalten eines Busfahrers, 22.9.1976, Anl. zu: Perschau (Landesgeschäftsstelle der CDU Hamburg) an die Hamburger Hochbahn AG, 23.9.1976, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), 010-101/3.

2 CDU kündigt Höhepunkte an: Barzel, Filbinger. SPD: Frauen diskutieren und Männer hüten Kinder, in: Schwäbische Zeitung, 11.11.1972; Freie und Hansestadt Hamburg, Bezirksamt Altona: Drucksache VII/Nr. 686 für die Bezirksversammlung Altona, 28.10.1976, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD), SPD-Kreisverband Hamburg-Altona, Mp. 96.

3 Vgl. Axel Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: Afs 44, 2004, S. 449–478; Thomas Mergel, Zeit des Streits. Die siebziger Jahre in der Bundesrepublik als eine Periode des Konflikts, in: Michael Wildt (Hrsg.), Geschichte denken. Perspektiven auf die Geschichtsschreibung heute, Göttingen 2014, S. 224–243; Martin H. Geyer, War over Words. The Search for a Public Language in West-Germany, in: Willibald Steinmetz (Hrsg.), Political Languages in the Age of Extremes, Oxford 2011, S. 293–330; Peter Hoeres, Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren, in: VfZ 61, 2013, S. 93–119, hier: S. 95–101.

Für die demokratische Kultur der Bundesrepublik war diese Konflikt- und Bekenntnisbereitschaft etwas Neues.⁴ Ihr vielleicht bekanntestes Produkt stellten die Wählerinitiativen dar, die sich insbesondere 1972 mit Zeitungsannoncen, sogenannten Testimonials, und eigenen Wahlveranstaltungen hervortaten.⁵ Doch weil die Polarisierung tief in die Alltagsräume der Westdeutschen vordrang, haftete ihr auch etwas Bedrohliches an. So beobachtete ein Kommentator des Hamburger Abendblatts 1972, diesmal sei auch »am Familientisch« über Kandidaten und Parteien diskutiert, wenn nicht gar gestritten worden. So mancher Familienvater sehe sich mit Sprösslingen konfrontiert, die ihm »mit einer anderen politischen Parteinahme« gegenüberträten, und damit werde dem »Demokratie-Verständnis innerhalb der Familien« einiges abverlangt. Die Herabsetzung des Mindestwahlalters galt als ein wichtiger Faktor dieser Politisierung, die auch nicht vor den häuslichen vier Wänden haltmache. Doch ob die Westdeutschen gelernt hatten, gegenüber politisch Andersdenkenden keine »Negativ-Gefühle« aufkeimen zu lassen und damit den Familienfrieden zu wahren, das schien den besorgten Pressebeobachtern 1972 noch keineswegs sicher.⁶

Der neu entfachte Wille, sich parteipolitisch zu exponieren, war neben der Verjüngung der Wählerschaft sicherlich auch auf prominente Trendsetter zurückzuführen, wie schon die Zeitgenossen mutmaßten. Seit 1969 konnte die massenmedial breit dokumentierte Kampagnentätigkeit eines Günter Grass für die SPD und später dann diverser bekannter Gesichter aus Medien und Sport für SPD oder CDU keinem interessierten Wahlbürger entgangen sein.⁷ Über die tiefer liegenden Ursachen für die Politisierung, oder besser noch *Parteipolitisierung*, konnten die Zeitgenossen jedoch nur spekulieren. Der Politologe Erwin K. Scheuch führte sie 1972 etwas wolzig auf das gewachsene »demokratische Verständnis« der Bürgerinnen und Bürger zurück, so als zöge eine stärkere Vertrautheit mit demokratischen Prozessen automatisch einen stärkeren Willen zu parteipolitischem Engagement nach sich.⁸ Obwohl wir heute wissen, dass politischer Partizipationswille nicht notwendig wächst, wenn sich Gesellschaften an die Demokratie gewöhnen, hält die westdeutsche Zeitgeschichtsforschung im Grunde an den politologischen Deutungen der 1970er-Jahre fest. Transnationale Lernprozesse und kultureller Wandel haben, so das gängige Narrativ, eine wachsende Identifikation der Westdeutschen mit demokratischen Werten nach sich gezogen.⁹ Doch auf welchen konkreten Wegen wurden westdeutsche Wahlbürger ausgerechnet dann zu Agenten der Parteiendemokratie, als diese längst durch außerparlamentarische Akteure unter Beschuss geraten war und Intellektuelle den demokratischen Staat in der

4 Zur Vorgeschichte vgl. demnächst *Claudia Christiane Gatzka*, Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik, 1944–1979, Düsseldorf 2019 (im Erscheinen).

5 Zu Wählerinitiativen vgl. *Thomas Mergel*, Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik, Göttingen 2010, S. 146–148; *Bernhard Müller/Kurt Thomas Schmitz*, Bekenntnischarakter und Politisierung. Der Beitrag der Wählerinitiativen zur Bundestagswahl am 19. November 1972, in: *Revue d'Allemagne* 6, 1974, H. 3, S. 31–52.

6 *Herbert G. Haake*, Im Sog des Wahlkampfes, in: *Hamburger Abendblatt*, 16.11.1972.

7 *Daniela Müinkel*, Intellektuelle für die SPD. Die sozialdemokratische Wählerinitiative, in: *Gangolf Hübinger/Thomas Hertfelder* (Hrsg.), Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik, Stuttgart 2000, S. 222–238; *Kai Schlüter* (Hrsg.), Günter Grass auf Tour für Willy Brandt. Die legendäre Wahlkampfreise 1969, Berlin 2011.

8 Prominente politisieren für Parteien, in: *Neu-Ulmer Zeitung*, 11.11.1972.

9 Vgl. *Ulrich Herbert* (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002; *Arnd Bauerkämper/Konrad H. Jarausch/Marcus M. Payk* (Hrsg.), Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970, Göttingen 2005; *Detlef Siegfried*, Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006.

Krise sahen?¹⁰ Der folgende Beitrag sucht diese Wege aufzuzeigen, indem er sich praxeologischer Methoden bedient, die bereits mit Blick auf frühere Epochen wichtige Einsichten in politische Mobilisierungsprozesse und Partizipationsverständnisse ermöglicht haben.¹¹ Indem er Politisierung als Alltagspraxis untersucht, zielt der Beitrag darauf, die Teilhabe der Parteiendemokratie an den partizipativen Aufbrüchen und der »Fundamentalpolitisierung« der Zeit in ihrer lokalen, alltagsweltlichen Dimension aufzuzeigen.¹²

Die Verflechtung von politischem »Establishment« und der emanzipatorischen, um »Demokratisierung« und »Politisierung« kreisenden Stimmung der späten 1960er- und der 1970er-Jahre ist bislang ein Desiderat der historischen Forschung geblieben. Ideengeschichtlich sind der institutionelle Politikbetrieb und seine Protagonisten als Träger der sich wandelnden demokratischen Kultur der Bundesrepublik durchaus intensiv beleuchtet worden, wobei der programmatische Wandel der SPD in den 1960er-Jahren und insbesondere Willy Brandts neuer Politikstil im Vordergrund standen.¹³ Die partizipativen *Praktiken* jedoch, welche die hier interessierende Dekade kennzeichnen, werden in der Bundesrepublik wie im gesamten transatlantischen Kontext vorrangig außerhalb der etablierten Parteiendemokratie untersucht. Insgesamt neigt die neuere Politikgeschichte dazu, den partizipatorischen Aufbruch seit circa 1968 nachgerade apriorisch als *außerparlamentarisches* Phänomen zu begreifen und sich auf Protestakteure zu fokussieren. So unterscheiden die historischen Analysen ganz im Sinne älterer sozialwissenschaftlicher Diagnosen zwischen dem alten, institutionellen Politikbetrieb, der nicht selten im Staat aufgeht und als partizipationsfern gilt, und »neuen« Aktivist:innen, die Politik über die Grenzen staatlicher Institutionen hinaus erweitern wollten.¹⁴ Politische Graswurzelaktivitäten, spektakuläre Aktionsformen, performative und medienaffine Handlungsrepertoires, internationale Vernetzung oder bestimmte Lebenswelten, die mit politischen Botschaften aufgeladen wurden, werden mit Fokus auf die »1968er«, die Neuen sozialen Bewegungen, alternative Milieus und die Friedensbewegung der 1970er- und 1980er-Jahre erkundet. Der zeitgenössische Anspruch wie die

-
- 10 Vgl. *Gabriele Metzler*, Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?, in: *Konrad H. Jarausch* (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 243–260; *Jens Hacke*, Der Staat in Gefahr. Die Bundesrepublik der 1970er Jahre zwischen Legitimationskrise und Unregierbarkeit, in: *Domink Geppert/ders.* (Hrsg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen 2008, S. 188–206.
- 11 *Sven Reichardt*, Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, 2., durchges. u. erg. Aufl., Köln/Weimar etc. 2009 (zuerst 2002).
- 12 Zur offenen Frage nach dem Verhältnis zwischen Fundamentalpolitisierung und etablierter Politik vgl. *Bernd Faulenbach*, Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?, in: *AfS* 44, 2004, S. 1–38, hier: S. 6. Zu den Anpassungsleistungen der Parteiendemokratie siehe auch den Beitrag von Harm Kaal in diesem Band.
- 13 *Gabriele Metzler*, Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn/München etc. 2005; *Julia Angster*, Der neue Stil: Die Amerikanisierung des Wahlkampfes und der Wandel im Politikverständnis bei CDU und SPD in den 1960er Jahren, in: *Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppie* (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn/München etc. 2005 (zuerst 2003), S. 181–204.
- 14 *Tony Judt*, Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 2006 (zuerst 2005), S. 549–561; *Ingrid Gilcher-Holtey*, 1968. Eine Zeitreise, Frankfurt am Main 2008, S. 102; *Habbo Knoch*, »Mündige Bürger«, oder: Der kurze Frühling einer partizipatorischen Vision. Einleitung, in: *ders.* (Hrsg.), *Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren*, Göttingen 2007, S. 9–53; *Claus Offe*, Challenging the Boundaries of Institutional Politics. Social Movements since the 1960s, in: *Charles S. Maier* (Hrsg.), *Changing Boundaries of the Political. Essays on the Evolving Balance between the State and Society, Public and Private in Europe*, Cambridge/New York etc. 1987, S. 63–105; *Kurt Sontheimer*, *Zeitenwende? Die Bundesrepublik zwischen alter und alternativer Politik*, Hamburg 1983.

heuristische Annahme, dass Demokratie auf gewisse Weise *gemacht* wird, scheinen sich so in der Zeitgeschichtsschreibung stets gegen den herkömmlichen parlamentarischen Politikbetrieb zu richten.¹⁵ Der folgende Blick auf die Alltagspolitisierung in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre hält eine andere Geschichte bereit und versteht sich damit auch als ein historischer Beitrag zur Parteien- und Partizipationsforschung im Rahmen parlamentarischer Systeme.

Zwar hat die historische Forschung einzelne wichtige Studien und Tiefenbohrungen zum Wandel westdeutscher Parteien und ihrer Außenkommunikation in Zeiten intensiver Medialisierung und Politisierung vorgelegt.¹⁶ Überdies haben aktuelle Studien nach der Resonanz gefragt, die der »neue Aktivismus« in den Traditionsparteien und ihren Jugendorganisationen fand¹⁷, und umgekehrt den Weg außerparlamentarischer Akteure in die etablierte Politik und ihre parlamentarischen Verfahren untersucht.¹⁸ Auch die konservative Gegenmobilisierung und die politischen Kommunikationsstrategien jener, die das »Establishment« verteidigten, sind jüngst zum Gegenstand der Zeitgeschichte geworden.¹⁹ Doch der intensive Austausch zwischen Bürgern und Parteiendemokratie, der die (langen) 1970er-Jahre zumindest in Westdeutschland auszeichnet, und seine kausalen Verbindungen mit dem außerparlamentarischen Wirken sowie mit dem ausgeprägten Krisendiskurs der Zeit harren noch der systematischen Untersuchung. Unterbelichtet geblieben ist vor allem, inwiefern Akteure, die nicht zu Aktivisten wurden, am partizipativen Aufbruch der Zeit teilhatten und wie die Partizipationsräume und -praktiken beschaffen waren, die *nicht* dezidiert als Alternative zur etablierten repräsentativen Demokratie dienen sollten.²⁰

- 15 Gut sichtbar bei *Belinda Davis*, *What's Left? Popular Political Participation in Postwar Europe*, in: AHR 113, 2008, S. 363–390, hier: S. 367. Vgl. unter anderem *Knoch*, *Bürgersinn mit Weltgefühl*; *Sven Reichardt/Detlef Siegfried* (Hrsg.), *Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010; *Susanne Schregel*, *Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985*, Frankfurt am Main/New York 2011.
- 16 *Anja Kruke*, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990*, Düsseldorf 2012 (zuerst 2007); *Bernd Faulenbach*, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982*, Bonn 2011; *Martina Steber*, *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980*, Berlin/Boston 2017; *Frank Bösch*, *Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren*, in: *Jarausch*, *Das Ende der Zuversicht?*, S. 296–309.
- 17 *Jan Hansen*, *Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987)*, Berlin 2016; *Anna von der Goltz*, *Other '68ers in West Berlin: Christian Democratic Students and the Cold War City*, in: CEH 50, 2017, S. 86–112.
- 18 *Silke Mende*, »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011; *Stephen Milder*, *Greening Democracy: The Anti-Nuclear Movement and Political Environmentalism in West Germany and Beyond, 1968–1983*, Cambridge/New York etc. 2017.
- 19 *Anna von der Goltz/Britta Waldschmidt-Nelson* (Hrsg.), *Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s*, Cambridge/New York etc. 2017; *Massimiliano Livi/Daniel Schmidt/Michael Sturm* (Hrsg.), *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter*, Frankfurt am Main/New York 2010.
- 20 Studien dazu stammen mit Ausnahme von *Mergel*, *Propaganda nach Hitler*, bezeichnenderweise von Europäischen Ethnologen, vgl. *Sabine Manke*, *Between Igniting and Sustaining Democracy: Staging Brandt and the No-Confidence Vote 1972 in Letters to the German Chancellor*, in: *Matthew P. Berg/Maria Mesner* (Hrsg.), *After Fascism: European Case Studies in Politics, Society, and Identity since 1945*, Wien/Berlin etc. 2009, S. 179–201; *Harm-Peer Zimmermann*, *Stimmen aus dem Volk. Bürgerbriefe an Helmut Schmidt anlässlich des Konstruktiven Misstrauensvotums 1982*, in: *Vokus* 15, 2005, H. 1, S. 4–38; *Michaela Fenske*, *Demokratie erschrei-*

Der Beitrag setzt genau hier an und will aufzeigen, wie die Parteiendemokratie den westdeutschen Wahlbürgern Arenen der Alltagspolitisierung zur Verfügung stellte. Dabei fragt er nach dem Einfluss der Außerparlamentarischen Opposition (APO) sowie der Verunsicherungen und Krisenwahrnehmungen im Zeitalter von Konjunkturschwankungen und sozial-liberaler Reformpolitik. Seine Beobachtungen sind am Vergleich mit Italien geschult, der hier jedoch zugunsten einer dichten Analyse der westdeutschen Entwicklungen im Hintergrund bleibt. Es bedürfte noch weiterer vergleichender Studien, um die westdeutsche Spezifik parteipolitischer Alltagspolitisierung herauszuarbeiten – und dies zumal, da die 1970er-Jahre in den nationalen Historiografien Westeuropas mit recht unterschiedlichen Narrativen versehen werden.²¹ Für die Bundesrepublik zumindest und aus einer praxeologischen Perspektive kann die Zeit zwischen 1969 und 1980, so die These des Beitrags, als *die Blüte der Parteiendemokratie* gelten, wie sie seit 1945 gewachsen war.²²

Welche Methoden dieser These zugrunde liegen, wird im Folgenden kurz umrissen (I.), bevor die grundlegenden Merkmale und Erklärungsfaktoren westdeutscher Alltagspolitisierung untersucht (II.–V.) und die Herausforderungen diskutiert werden, die sich daraus ergaben (VI.). Auf diese Weise versucht der Beitrag, die an der Wende zu den 1980er-Jahren aufscheinenden Legitimationsdefizite der Parteiendemokratie nicht nur aus ideologischen Verunsicherungen, politischen Entscheidungen wie dem NATO-Doppelbeschluss oder dem Druck durch außerparlamentarische Akteure herzuleiten²³, sondern auf die politischen Ernüchterungserfahrungen hinzuweisen, die sich in der Praxis ergaben, wenn sich die Arenen der repräsentativen Demokratie füllten.

I. EINE BLÜTE POLITISCHER KOMMUNIKATION – ZUR METHODE

Grundlegend für die Historische Praxeologie ist das Beobachten vergangener Handlungsmuster in konkreten Räumen und das Freilegen ihrer Bedeutungen: zum einen aus der eigensinnigen Sicht der beteiligten Akteure, zum anderen für die (Re-)Produktion sozialer Strukturen.²⁴ Politisierung als Alltagspraxis meint im Folgenden in erster Linie politische Kommunikationspraxis zwischen Wählerinnen und Wählern auf der einen und Parteien auf der anderen Seite. Sie beinhaltet direkte Zusammentreffen wie mediale Verständigungen, lokale Räume und die publizierte Öffentlichkeit. In ihr gebärden sich lokale Akteure in der Rolle als Wähler und parteipolitische Akteure in der Rolle politischer Repräsentanten. Wie sich diese beiden Gruppen in den unterschiedlichen Kommunikationsarenen ver-

ben. Bürgerbriefe und Petitionen als Medien politischer Kultur 1950–1974, Frankfurt am Main/New York 2013.

21 Vgl. *Sonja Levsen*, Einführung: Die 1970er Jahre in Westeuropa – un dialogue manqué, in: GG 42, 2016, S. 213–242.

22 Für Umriss dieser Parteiendemokratie vgl. *Martin Conway*, The Rise and Fall of Western Europe's Democratic Age, 1945–1973, in: Contemporary European History 13, 2004, S. 67–88. Die im Beitrag von Harm Kaal in diesem Band geschilderten Versuche der niederländischen Parteien seit den späten 1950er-Jahren, Wähler als Sprecher in der parlamentarischen Demokratie zu aktivieren, sind für die Bundesrepublik vor 1968/69 so nicht zu konstatieren.

23 Vgl. etwa *Nicholas Büchse*, Von Staatsbürgern zu Protestbürgern. Der Deutsche Herbst und die Veränderung der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in: *Knoch*, Bürgersinn mit Weltgefühl, S. 311–332; *Silke Mende*, Von der »Anti-Parteien-Partei« zur »ökologischen Reformpartei«. Die Grünen und der Wandel des Politischen, in: AfS 52, 2012, S. 273–315, hier: S. 281f.; *Hansen*, Abschied vom Kalten Krieg.

24 Vgl. *Lucas Haasis/Constantin Rieske*, Historische Praxeologie. Zur Einführung, in: *dies.* (Hrsg.), Historische Praxeologie. Dimensionen vergangenen Handelns, Paderborn 2015, S. 7–54, insb. S. 13–16.

ständigten, kann als eine Art Legitimationsbarometer der parlamentarischen Demokratie verstanden werden. Das galt insbesondere in Wahlkampfzeiten, die im Folgenden im Fokus stehen.²⁵

Gegenüber den als Quellen immer noch omnipräsenten zeitgenössischen Meinungsumfragen, in denen Wählerinnen und Wähler lediglich als Antwortgeber von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern figurieren, liegt der Vorteil der hier gewählten Methode darin, Wahlbürger als aktiv Handelnde sichtbar zu machen und die konkreten Situationen aufzusuchen, in denen sie ihr Verhältnis zur etablierten Politik ausdrückten und verhandelten. In Städten, auf die sich die folgende Analyse konzentriert, galten dabei besondere Bedingungen.²⁶ Neben ihrer Dichte, ihrer Anonymität und der Multifunktionalität ihrer Räume waren sie in den 1960er- und 1970er-Jahren Bühnen außerparlamentarischer Politikentwürfe und Schauplätze der krisenhaften Veränderungen der Industriegesellschaften. Hier hatte sich die repräsentative Demokratie besonders zu behaupten.²⁷

Die »Blüte der Parteiendemokratie« war in dreierlei Hinsicht ein Produkt politischer Kommunikation. In der Alltagspolitisierung sind Kommunikationsakte zu erblicken, mit denen Wählerinnen und Wähler, erstens, die Legitimität des etablierten parlamentarischen Politikbetriebs verbrieften. Wer in seinem Berufsalltag SPD-Aufkleber anbrachte, machte nicht nur Wahlkampf für die SPD, sondern hielt Wahlen zum Bundestag offenkundig auch für wichtig und das darin repräsentierte parlamentarische System für legitim. Zweitens konnten solche Akte ihrerseits in parteipolitischer Kommunikation »weiterverarbeitet« werden, etwa indem die SPD damit werben konnte, dass »einfache« Busfahrer für sie eintraten. Alltagspolitisierung war in Zeiten, da Partizipation großgeschrieben wurde, für die politische Kommunikation des »Establishments« hochwirksam, wies sie doch die profitierende Partei als Kraft aus, für die man sich gern engagierte. Damit verbunden war Alltagspolitisierung drittens ein Produkt politischer Kommunikation, insofern die Praktiken, in denen sie Ausdruck fand, in erster Linie über die Lokalpresse und die überregionale Presse (ebenso wie über elektronische Massenmedien, die hier jedoch im Hintergrund bleiben) verbreitet wurden. Zum Teil war sie auch genuines Produkt eines massenmedial verbreiteten Politisierungsdiskurses, der gewisse politische Akteure benachteiligte und anderen einen Vorteil verschaffte, gewisse Praktiken als »zeitgemäß« markierte und andere marginalisierte.

Nur in der Verschränkung aus konkreten Erfahrungen und einflussreichem Diskurs kann die westdeutsche Alltagspolitisierung der 1970er-Jahre begriffen werden; am ehesten wird man ihr gerecht, wenn man sich ihr als einer Geschichte der Selbstrepräsentation und Selbstinszenierung der parlamentarischen Demokratie nähert, an der Medien, Parteien und Wählerinnen und Wähler gleichermaßen Anteil hatten. Um ihr nachzuspüren, wurden in erster Linie die Lokalpresse und die Akten der lokalen und nationalen Parteiverbände von SPD und CDU ausgewertet, darunter auch der Briefverkehr mit Bürgerinnen und Bürgern. Als urbane Fallbeispiele dienen schwerpunktmäßig Hamburg und Ulm, eine Metropole mit starken sozialdemokratischen Traditionen und eine kleinere süddeutsche CDU-Hochburg. Die Spezifika jedoch halten sich in Grenzen: Politisierung als Alltagspraxis war kein re-

25 Vgl. grundlegend *Thomas Mergel*, Wahlkampfgeschichte als Kulturgeschichte. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Beispiele, in: *Barbara Stollberg-Rilinger* (Hrsg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Berlin 2005, S. 255–276.

26 Vgl. ausführlicher *Claudia Christiane Gatzka*, Die Nachkriegsstadt als Ort politischer Kommunikation. Überlegungen am Beispiel Westdeutschlands und Italiens 1945–1968, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte*, 2016, H. 2, S. 91–108.

27 Vgl. *Martin Baumeister/Bruno Bonomo/Dieter Schott* (Hrsg.), *Cities Contested. Urban Politics, Heritage, and Social Movements in Italy and West Germany in the 1970s*, Frankfurt am Main/New York 2017.

gionales, sondern ein urbanes Phänomen der Bundesrepublik, und als solches stand es mit dem außerparlamentarischen Protest und den um sich greifenden Krisenwahrnehmungen in einem engen Verhältnis.

II. WISSBEGIERIGE WAHLBÜRGER IM BEDROHTEN WOHLSTAND: DIE SACHORIENTIERUNG DER POLITISIERUNG

Politisierung war in Westdeutschland ein Phänomen aufmerksamer zeitgenössischer Selbstbeobachtung und der Wahlkampf von 1969 galt hier einhellig als Zäsur. Das zentrale Kriterium der von Lokalredakteuren wie Wahlkämpfern gestellten Umbruchdiagnose war die plötzlich spürbar gestiegene politische Nachfrage vonseiten der Wählerinnen und Wähler. In bislang ungekanntem Maße betraten die Deutschen am Ende der Großen Koalition die urbanen Wahlkampfarenen, um sich politisch zu informieren. Weil noch 1965 Wahlwerbung in Form papierner Unterhaltungsbroschüren mit allerhand lokalem Wahlkreis-kolorit als erfolgsträchtiges Medium gegolten hatte, strichen Wahlkämpfer in ihren Erfahrungsberichten nun das überbordende Interesse der Wähler »an konkreten Sachfragen« heraus.²⁸ Direktkandidaten, die vor dem Postamt oder der Fabrik das Regierungsprogramm oder das Bildungsprogramm der SPD verteilten, berichteten von freundlichen Begegnungen mit aufgeschlossenen Bürgerinnen und Bürgern.²⁹

Das Informationsbedürfnis des Wahlvolks, das sicherlich mit der weithin geteilten Reformeuphorie in Verbindung stand, blieb ein markanter Trend der 1970er-Jahre und ließ nicht nur aufseiten der Parteien die Papierproduktion im Wahlkampf ansteigen. In Hamburg wandten sich auch unzählige Wählerinnen und Wähler an die Geschäftsstellen der Parteiorganisationen, um ihrerseits Informationsbroschüren oder das Wahlprogramm zu erbitten.³⁰ Wenn Wahlbürger 1976 sogar das Bedürfnis äußerten, am Wochenende eigenhändig das »Wahlmaterial« bei den Parteiverbänden abzuholen, zeugt das von einer Zeit, da ihre Wissbegierde sie den politischen Parteien buchstäblich in die Arme trieb.³¹

Mehr noch als auf Papier setzten Westdeutsche seit 1969 aber auf den *direkten* Kontakt mit den Vertretern der Parteiendemokratie.³² Die kleinen Wahlversammlungen, in den Großstädten der 1960er-Jahre noch weitgehend totgesagt, erfreuten sich plötzlich großer Beliebtheit, und das sollte in den 1970er-Jahren so bleiben. Dabei kamen die Wählerinnen und Wähler mit klaren Vorstellungen, wollten »qualifizierte Informationen« und forderten »größere Initiative« für eigene Wortmeldungen ein, wie SPD-Wahlkämpfer registrierten. Im Idealfall wollten sie möglichst verantwortliche Politiker, am liebsten Minister, direkt zu gewissen Sachthemen befragen, die nunmehr als wahlentscheidend galten. 1969 war dies vor allem die Aufwertungsfrage, an der sich Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) und der populäre Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) schieden. Veranstaltungsformate, wo Schiller höchstpersönlich an der Seite des sozialdemokratischen Direktkandidaten den in Scharen erschienenen Wählerinnen und Wählern das Problem der Aufwertung erläuterte und etwaige Folgen diskutierte, waren außerordentlich erfolgreich und stehen paradigmatisch für die Art, wie die rege politische Verständigung zwischen Wahlvolk und Parteiendemokratie in Gang kam: über den Austausch möglichst vertrauenswürdiger und

28 Freiherr von Ostmann an den SPD-Parteivorstand, Referat Werbung, 9.12.1969, AdsD, SPD-Parteivorstand, Neuer Bestand, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

29 Vgl. etwa Hedwig Meermann, MdB (Bonn), an Hans-Jürgen Wischnewski, 3.12.1969, ebd.

30 Vgl. etwa Iris Bork (Hamburg-Blankenese) an die Damen und Herren (der SPD Altona), 31.7.1976, AdsD, SPD-Kreisverband Hamburg-Altona, Mp. 96.

31 Hans Borck an Werner Noll, 13.8.1976, AdsD, SPD-Landesorganisation Hamburg, Mp. 1035.

32 Wenig Papier – Direkte Kontakte gefragt, in: Südwest Presse, 27.8.1969.

verbindlicher Informationen die Zukunft des Wohlstands betreffend. Statt traditioneller Wahlversammlungen wollte die SPD in Göttingen künftig nur noch solche »Informationsveranstaltungen« durchführen.³³

Das spürbare Verlangen danach, den Disput um die Aufwertung der D-Mark zu verstehen und für sich abzuwägen, war das augenfälligste Indiz dafür, dass die Wahlen von 1969 in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler den Charakter wahrhaftiger Richtungswahlen annahmen. Ihr prononciertes politisches Interesse erwuchs aus einem Bündel von Ursachen, die nicht notwendig mit den Mobilisierungsschüben in Verbindung standen, die von den Ostermärschen und den Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetzgebung ausgegangen waren. Für das Gros der Wählerinnen und Wähler, die 1969 aus Informationsdurst die Wahlkampfarenen betreten, war die Erfahrung der ersten Rezession von 1966/67 einschneidender, so klein sie aus der Retrospektive auch wirken mag: ein Menetekel des bedrohten Wohlstands in der Bundesrepublik, das Wählerinnen und Wähler aufrüttelte. Die Frage, an welchen Schrauben zu drehen sei, um das westdeutsche Schiff auf Wachstumskurs zu halten, wurde zum Katalysator westdeutscher Alltagspolitisierung, mit dem Aufwertungsstreit und dann in den 1970er-Jahren dem Inflationsproblem als Publikums-magneten wissbegieriger Wahlbürger gleich welcher politischer Couleur.

Politische Kommunikation vor Ort auf die konkreten Sachfragen auszurichten, die Wählerinnen und Wähler beschäftigten, setzte die Bereitschaft der Parteien voraus, von der Rhetorik des Kalten Kriegs abzulassen. Nach der programmatischen und personellen »Westernisierung« der Sozialdemokratie dauerte es noch eine Weile, bis das auch aufseiten der Christdemokraten denkbar wurde. Erst die erwiesene Regierungsfähigkeit der SPD in der Großen Koalition stellte dafür die entscheidenden Weichen, wie ein Beispiel aus Ulm illustriert. Hier diskutierte die CDU schon anlässlich des anstehenden Kommunalwahlkampfs im April 1967, was sich seit 1966 in der politischen Landschaft verändert hatte. Die SPD sei durch ihre Regierungsbeteiligung »hoffähig« geworden, die Unterschiede zwischen ihr und der CDU würden »in der Meinung des Wählers zu verwischen« drohen. Schlagworte wie »keine Experimente« oder »Untergang des Abendlandes« würden in diesem gewandelten Klima nicht mehr genügen. Die CDU müsse in die Zukunft weisen und sich mit der SPD auseinandersetzen, »die besseren Argumente, die überzeugenderen Leistungen und die besseren Köpfe« präsentieren.³⁴ Deshalb wollten die Ulmer Christdemokraten fortan verstärkt auf Diskussionsabende und Podiumsdiskussionen setzen und ihre Parteifreunde andernorts zogen zu jener Zeit denselben Schluss.

Die Renaissance der Wahlversammlung im Zeichen der sachlichen Information fand in der Lokalpresse rege Verstärkung. Auch das war vor 1969 unüblich gewesen, als sich die Lokalredaktionen vornehmlich für die großen Kundgebungen interessiert hatten. Nun aber hielten sie die Leserinnen und Leser über die kleinen »Diskussionsveranstaltungen« der Direktkandidaten informiert und popularisierten den Typus des wohlinformierten Wahlbürgers. Aus Freiburg im Breisgau, wo im Wahlkampf 1969 mindestens 300 solcher Formate in Stadt und Landkreis stattfanden, hob die Badische Zeitung hervor, dass sich die zahlreich anwesenden Freiburgerinnen und Freiburger neben bundespolitischen Themen vor allem über die Gefahren hatten informieren wollen, die von der erstarkten NPD ausgingen. Traditionell als Agenten des Wählers auftretend, begrüßten die Lokalredakteure den Auftritt der Wählerschaft in den urbanen Wahlkampfarenen, lobten ihre politische »Sachkunde« und versprachen sich davon gar eine Versachlichung und Kompetenzsteigerung des parlamentarischen Politikbetriebs insgesamt. Statt Rhetorik und »Ellenbogen«

33 Klaus Wettig (SPD Göttingen) an den SPD-Bundesgeschäftsführer, 27.11.1969, AdsD, SPD-Parteivorstand, Neuer Bestand, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

34 CDU-Kreisverband Ulm, Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsführenden Kreisvorstands am 17.4.1967, 27.4.1967, StadtA Ulm, E 201 CDU, Nr. 1.

sei nun einzig Sachkompetenz im Wahlkampf ein Erfolgsgarant, frohlockte die Badische Zeitung und brachte damit zum Ausdruck, was den lokalen Wahlkampfdiskurs in der Bundesrepublik seit den 1950er-Jahren geprägt hatte: Wählerinnen und Wähler schienen die zänkische und »rhetorische« Politik zur Sachlichkeit zu erziehen.³⁵ Mit diesem Impetus produzierten die Lokalredakteure die Alltagspolitisierung wesentlich mit und lobten den neuen Wählerprotagonismus als eine Art Hebung des politischen Kommunikationsniveaus.

Mit Blick auf den Wahlkampf 1972 sollte es dann auch in der öffentlichen Kommunikation der Parteiverbände Usus werden, das »politische Interesse und Informationsbedürfnis der Bevölkerung« zu beschwören. Auf diese Weise gelang es ihren Vertretern, tief in die Alltagsräume der Westdeutschen vorzudringen. Mit Verweis auf das in den vergangenen Jahren erfahrene Interesse an Schulen, im Gemeinschaftskundeunterricht von Parteivertretern »über die Vorstellungen der Parteien informiert zu werden«, bot sich etwa die Hamburger CDU 1972 den Schulleitungen für entsprechende Referate vor Schulklassen an.³⁶ Vereinzelt schon 1961 und 1965, endgültig aber 1969, fanden Hausbesuche Eingang in das westdeutsche Wahlkampfpertoire, mit denen sich Direktkandidaten persönlich vorstellten und ihre Visitenkarte hinterließen. Die Hochzeit dieses Vordringens der Politik in Privaträume spiegelte sich in Berichten wie jenem des Hamburger Abendblatts vom Wahlkampfalltag 1972, in dem es ganz normal schien, dass der lokale CDU-Kandidat Erik Blumenfeld bei einem Hausbesuch von Wählern auf einen Kaffee ins Wohnzimmer gebeten worden war.³⁷ Nicht alle Wählerinnen und Wähler freilich begrüßten es, wenn die Politik ihnen auf die Pelle rückte. Wer sich 1969, von der Lokalpresse befragt, gegen Hausbesuche aussprach, führte sein Bedürfnis nach Ruhe oder häusliche Pflichten als Gründe an: »Ich halte gar nichts davon, Hausfrauen an der Tür zwischen brennendem Essen und schreienden Kindern zu überfallen«, ließ sich eine 21-jährige Ulmer Angestellte zitieren.³⁸ Ein Hamburger CDU-Parteimitglied erklärte 1969, es halte die Hausbesuche »bei Berücksichtigung des Hamburger Temperaments für garnicht [sic] besonders glücklich« und wollte sich deshalb auch nicht dafür zur Verfügung stellen.³⁹ Mehrheitlich jedoch berichteten die Wahlkämpfer von positiver Resonanz, insbesondere wenn sie sich mit einem offenen Ohr für die Alltagsorgen der Wählerinnen und Wähler präsentierten. Dasselbe galt für den direkten Kontakt mit mittelständischen Betrieben der Stadt, den vor allem CDU-Direktkandidaten suchten.⁴⁰ SPD-Ortsvereine organisierten indes 1972 Wahlversammlungen in Privatwohnungen, damit Frauen sich um Politik kümmern konnten, »ohne an die lieben Kleinen denken zu müssen«. Während ihre Männer die Kinder hüteten, diskutierten die Frauen mit dem SPD-Kandidaten über Teilzeitbeschäftigung, Fortbildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zur Wiedereingliederung in das Berufsleben oder über die Rentenversicherung für Hausfrauen.⁴¹

35 Die Parteien berichten uns, in: *Badische Zeitung*, 17.9.1969, 24.9.1969 und 27./28.9.1969. Zur Tradition vgl. *Claudia Christiane Gatzka*, Des Wahlvolks großer Auftritt. Wahlritual und demokratische Kultur in Italien und Westdeutschland nach 1945, in: *Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung* 23, 2013, H. 1, S. 64–88, hier: S. 68–72.

36 Dietrich Rollmann/Dirk Fischer an die Schulleiter der Hamburger Schulen, 25.8.1972, ACDP, 03-010-047/4.

37 Ab und zu eine Tasse Kaffee, in: *Hamburger Abendblatt*, 16.11.1972.

38 Wenig Papier – Direkte Kontakte gefragt, in: *Südwest Presse*, 27.8.1969.

39 Oswald Priess an Heinrich Gewandt, 23.8.1969, ACDP, 02-155-018/1.

40 Heinrich Gewandt an die Mitglieder des Kreisvorstandes, 20.4.1967, ACDP, 02-155-005/2; Hedwig Meermann, MdB (Bonn), an den Bundesgeschäftsführer der SPD, Hans-Jürgen Wischnewski, 3.12.1969, AdsD, SPD-Parteivorstand, Neuer Bestand, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

41 CDU kündigt Höhepunkte an: Barzel, Filbinger. SPD: Frauen diskutieren und Männer hüten Kinder, in: *Schwäbische Zeitung*, 11.11.1972.

Die Kontaktfreude der Bürgerinnen und Bürger erwuchs im Angesicht von Reformeuphorie und Krisendiagnosen je nach politischer Couleur entweder aus dem Anspruch, den Wohlstand neu umzuveteilten, oder aus dem perzipierten Erfordernis, ihn zu verteidigen. Geteiltes Fundament blieben jedoch die Planbarkeit von Wachstum und die steuerbare Gesellschaft. Nicht die modernisierungsskeptischen Themen der Neuen sozialen Bewegungen, sondern ein persistenter Fortschritts- und Steuerungsglaube in Zeiten zunehmender Verunsicherung imprägnierte die westdeutsche Alltagspolisierung. In dieser Hinsicht gehörte sie noch zur Gesellschaftsordnung des Booms.⁴² Während sich SPD-nahe Wählerinnen und Wähler trafen, um sich von sozialdemokratischen Direktkandidaten über die Reformpläne der sozial-liberalen Bundesregierung informieren zu lassen und Fragen dazu zu stellen, mobilisierte sich das andere Lager um Themen des bedrohten Wohlstands. Bürgerinnen und Bürger, die sich zu lokalen Wählerinitiativen für die CDU zusammenschlossen, argumentierten 1972 mit der »Sorge« um die Entwicklung im Land und stilisierten auch diese Wahlen zu Entscheidungswahlen über die »Stabilität« der Bundesrepublik. Darunter waren viele, die sich in ihrer öffentlichen Kommunikation dazu bekannten, 1969 der Sozialdemokratie ihr Vertrauen ausgesprochen zu haben, aber enttäuscht worden zu sein. Weil die SPD gezeigt habe, »Freiheit, Stabilität und Ordnung« nicht sichern zu können, hatten die Mitglieder der Hamburger Wählerinitiative »Aktion Wählerverantwortung 72« beschlossen, »nicht länger passiv zu bleiben«, sondern offen Wahlkampf für die Union zu betreiben.⁴³

Preisentwicklung, Staatsverschuldung, Haushaltsfragen, stagnierendes Wirtschaftswachstum – wen das beunruhigte, so mahnte die CDU die Hamburger Wählerinnen und Wähler 1972, sei geradezu in der Pflicht, sich bei der Union über Alternativen zu informieren.⁴⁴ So wurde nicht nur der Diskurs über die vermeintliche Überlastung des Staats im »sozialdemokratischen Jahrzehnt« und die Verunsicherung über die Grenzen des Wachstums gezielt in die lokale Kommunikation eingespeist, sondern auch die Sachkompetenz der Wahlbürger in Zeiten von Richtungswahlen nachgerade zur Pflicht erklärt. Die Alltagspolisierung der 1970er-Jahre lebte davon, dem Wahlbürger seine verantwortungsvolle Aufgabe an der Wahlurne klarzumachen, und der Wahlkampf gedieh so zu einer Art Schulungs- und politischer Feedbackveranstaltung. »Hamburger Bürger fragen – Dietrich Rollmann steht Rede und Antwort« hießen die Formate, in denen sich die Direktkandidaten auch 1976 als zentrale Mittler sachorientierter und damit antiideologischer Verständigung zwischen Wahlvolk und parlamentarischer Politik präsentierten.⁴⁵

III. AUF DEN SPUREN DER »68ER«: »DISKUSSION« UND »KRITIK«

Neben dem reinen Informationsbedürfnis erweckte eine tief greifende Diskussionsmanie die tot geglaubten Wahlversammlungen und damit den direkten Kontakt zwischen Wählerinnen und Wählern und Parteiendemokratie zu neuem Leben. In einem Leitfadem zum Umgang mit der APO klärte die CDU ihre Parteiverbände 1969 auf:

42 Vgl. *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 2., erg. Aufl., Göttingen 2010 (zuerst 2008), S. 45–48 und 51.

43 Aktion Wählerverantwortung 72, Ragna Müller u. a., an »[s]ehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren«, Hamburg, September 1972, ACDP, 03-010-047/4. Ähnlich auch: Ernst Mathe (Ulm): »Offener Brief an einen Freund«. Offener Brief an einen SPD-Wähler von 1969, o.D. (1972, Wählerbrief einer privaten Ulmer Wählerinitiative), StA Ulm, G 6, 2.2.1.

44 Dietrich Rollmann, Landesvorsitzender der CDU Hamburg, an »[s]ehr verehrte Dame, sehr geehrter Herr«, Hamburg, September 1972, ACDP, 03-010-047/4.

45 Hamburger Abendblatt, 16.11.1972.

»Der Wunsch nach Diskussion, teilweise in Sprechchören vertreten, ist nicht nur von der äußersten Linken oder der NPD zu hören, sondern auch die bürgerlichen Teilnehmer an Wahlversammlungen kommen heute mit Fragen in die Versammlung, die sie an die prominenten oder weniger prominenten Redner zu stellen wünschen. [...] Versammlungen ohne Diskussion werden vom Publikum mehr und mehr als bloße Indoktrination empfunden und abgelehnt; das gilt selbst für die prominentesten Redner, wie z. B. den Bundeskanzler.«⁴⁶

Die Diskussionsmanie war ein Proprium des westdeutschen Wahlkampfs seit 1969 und stellte als solche eine späte Erfüllung des alliierten *Reeducation*-Programms und der angloatlantisch beeinflussten demokratischen Erziehungsversuche dar. Die »68er« hatten sie also nicht erfunden, aber sie waren wesentlich dafür verantwortlich, sie in die Kommunikationsarenen des Wahlkampfs hineinzutragen, indem sie gewissermaßen als praxeologische Vorbilder fungierten.⁴⁷ Als die Parteien 1969 ihren Bundestagswahlkampf planten, blickten sie auf Landtagswahlkämpfe zurück, in denen sich die APO (und vornehmlich junge Vertreter der NPD) bereits spürbar eingeschaltet hatten. Dabei waren es, wie dann 1969 und 1972 auch, nicht nur Störungen und Zwischenrufe, mit denen die Kundgebungschorografie prominenter Politiker ins Wanken geriet. Vertreter der Studentenbewegung traten auch als Diskutanten in Erscheinung und verwickelten die Vertreter der Parteiendemokratie vor den Augen des Publikums und der interessierten Lokalpresse in Debatten, die bei Weitem nicht nur polemisch geführt wurden.⁴⁸

Entscheidend für diesen Einfluss war, dass die Politikerinnen und Politiker sich als gesprächsbereit präsentierten. Wie das ging, führte Ludwig Erhard schon 1965 auf einer Kundgebung in Ulm vor, als er einen studentischen Zwischenrufer kurzerhand dazu einlud, sein Anliegen am Mikrofon vorzutragen. Auf das bildungspolitische Referat des jungen Wählers antwortete Erhard sachlich, aber bestimmt, und daraufhin erteten beide, glaubt man der Lokalpresse, den Applaus des Publikums, das solche Auseinandersetzungen durchaus goutierte.⁴⁹ Die Studentinnen und Studenten trugen nicht nur das Diskutieren in die politische Alltagskommunikation hinein, sondern sensibilisierten die Wahlbürger auf diese Weise auch für die Reformbedürftigkeit der Bundesrepublik.⁵⁰ Zwar zeigte sich die Bundesprominenz mitnichten immer offen für eine diskursive Auseinandersetzung mit der APO. Helmut Schmidt belehrte die Aktivisten 1969 bei einer Wahlkampfveranstaltung in Hamburg: »Wenn Sie im Wahlkampf die Auseinandersetzung mit Parteien wollen, müssen Sie den Mut haben, eine eigene Partei zu gründen.«⁵¹ Doch bei allen Versuchen, die Großkundgebungen mit prominenter Besetzung vor den Störversuchen durch die APO zu schützen – dem Gebot der Diskussion konnten sich weder SPD noch CDU auf Dauer entziehen.

Wie prägend der Einfluss der Studentinnen und Studenten auf diesem Feld war, wurde 1969 vor allem auf den Straßen deutlich, wohin sich der Wahlkampf mit dem Auftritt der APO mehr und mehr verlagerte.⁵² Studentinnen und Studenten veranstalteten selbst spon-

46 Gestörte Versammlungen. Der Umgang mit der sogenannten außerparlamentarischen Opposition [CDU-Broschüre, 1969], AdsD, SPD-Landesorganisation Hamburg, Mp. 1038.

47 Vgl. *Nina Verheyen*, Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des »besseren Arguments« in Westdeutschland, Göttingen 2010, S. 292f. und 295f. Die 1970er-Jahre sind, wie Wahlkampfkommunikation überhaupt, hier nicht berücksichtigt worden.

48 Vgl. *Mergel*, Propaganda nach Hitler, S. 150f.

49 Erhard pocht auf die Leistungen der CDU, in: Schwäbische Donauzeitung, 13.9.1965.

50 So der Befund lokaler Wahlkämpfer selbst, vgl. etwa Klaus Wettig (SPD Göttingen) an den SPD-Bundesgeschäftsführer, 27.11.1969, AdsD, SPD-Parteivorstand, Neuer Bestand, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

51 De will keen Appeln. Dat is Wahlpropaganda, in: Hamburger Morgenpost, 10.9.1969.

52 So die Erinnerungen des Bundestagsabgeordneten Curt Becker: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, hrsg. v. Deutscher Bundestag, Bd. 2, Boppard am Rhein 1983, S. 44.

tane Diskussionen auf Marktplätzen oder in Straßenbahnen und traten dabei aktiv als Wahlkampfakteure auf, insbesondere gegen die NPD. Ausgerechnet das Hamburger Abendblatt aus dem Hause Axel Springer berichtete in diesem Zusammenhang wohlwollend, die Studenten hätten die Bremer Innenstadt in ein »einzige[s] Diskutierfeld« verwandelt.⁵³ Allein schon, um die Wählerinnen und Wähler nicht der APO zu überlassen, imitierten Parteiverbände und Lokalkandidaten diese Praxis und führten 1969 das Format der Straßendiskussion ein. Erfahrungsberichte der lokalen Parteiverbände von 1969 legen nahe, wie deutlich die Wählerinnen und Wähler den »68ern« auf diesem Feld nachfolgten. Aus Nürnberg forderten SPD-Wahlkämpfer mehr Angebote zum »öffentlichen Gespräch« auf der Straße oder vor Betrieben: »Da der Wähler kritischer und diskutierfreudiger geworden ist.«⁵⁴ Auch die Presse hob nun den Wunsch der Wählerinnen und Wähler nach aktiver Mitsprache im Wahlkampf hervor. Das bezog sich im Übrigen nicht nur auf die jüngere Generation. Ein 65-Jähriger ließ sich 1969 in der Südwest Presse zitieren: »Ich ruf die Kandidaten einfach an und diskutiere mit ihnen.« Und sein ein Jahr älterer Mitbürger, der angab, alle Wahlveranstaltungen in Ulm besucht zu haben, begründete dies euphorisch: »Da ist Diskussion und Kritik!«⁵⁵

Im Zuge dessen lernten gerade die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schnell, dass die Diskussion, und insbesondere die als spontan geltende Straßendiskussion, als Praxis fortan zu einer Norm politischer Kommunikation und damit selbst zu einer Werbebotschaft im politischen Kampf avancierte. In Hamburg warb die SPD schon 1969 mit Auftritten Helmut Schmidts auf Märkten seines Wahlkreises: »Statt Propaganda gibt's Diskussion per Lautsprecherwagen.« Auch die unabhängige Lokalpresse begeisterte sich, die Straßendiskussionen würden das »Gleichmaß der Wahlversammlungen« sprengen.⁵⁶ Die diskursive Kommunikationspraxis verbriefte Offenheit und Spontaneität und konnte so die Anpassung an die partizipativen Ansprüche symbolisieren, die zu jener Zeit von außen an das parlamentarische System herangetragen wurden.

Die Straßendiskussion avancierte zum zentralen Mittel des Wählerkontakts in den westdeutschen Städten der 1970er-Jahre. Wer wollte, konnte in Hamburg 1972 und 1976 beinahe täglich in der Fußgängerzone oder auf einem Marktplatz mit den Lokalkandidaten, kommunalen Abgeordneten oder gar mit einem Bundesminister ins Gespräch kommen. Die Debatten wurden per Lautsprecher übertragen, um noch mehr Passanten anzuziehen. Parteimitglieder verteilten Informationsmaterial und überreichten die Mikrofone. Bis zu sechs Stunden konnte ein solches Format dauern, bei dem sich im Übrigen auch Passanten untereinander in Debatten verstrickten.⁵⁷ In der Ulmer Fußgängerzone interviewt, berichtete ein Wähler 1976 in der Südwest Presse vom Wahlkampfalltag: Man diskutiere mit den Kandidaten über die Abschaffung des Numerus clausus und »erhitzte sich in Grundsatze debatten über die Jugendarbeitslosigkeit und all >die anderen Dinge, die da so im Argen liegen«.⁵⁸

Die Normativität des Diskursiven gedieh zu einer Ressource der jungen oder entsprechend diskussionsbegabten Politikerinnen und Politiker, im Kampf um Wählerinnen und Wähler wie in der innerparteilichen Konkurrenz. In Ulm etwa bewarb die CDU ihren jun-

53 Störaktionen in Kiel und Bremen, in: Hamburger Abendblatt, 16.9.1969.

54 Erfahrungsbericht SPD Nürnberg, 27.9.1969, AdsD, SPD-Parteivorstand, Neuer Bestand, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

55 Wenig Papier – Direkte Kontakte gefragt, in: Südwest Presse, 27.8.1969.

56 De will keen Appeln. Dat is Wahlpropaganda, in: Hamburger Morgenpost, 10.9.1969; In Bayern krachten Bomben, in: Badische Zeitung, 16.9.1969.

57 CDU kündigt Höhepunkte an: Barzel, Filbinger. SPD: Frauen diskutieren und Männer hüten Kinder, in: Schwäbische Zeitung, 11.11.1972. Vgl. auch *Mergel*, Propaganda nach Hitler, S. 149–155.

58 Fußgängerspaß bei großer Politik und kleinen Tricks, in: Südwest Presse, 30.8.1976.

gen Direktkandidaten Herbert Werner 1972 in einer Wahlbroschüre mit dem Argument, er liebe »das offene und harte, aber faire und sachliche Gespräch. Seine eigenen Meinungen unterwirft er gerne der kritischen Überprüfung durch seine Gesprächspartner.«⁵⁹ Werner konnte man das sogar abkaufen, denn er war selbst ein Kind westdeutscher Politisierung. 1969 in die CDU und in die Junge Union eingetreten, wurde er 1972, 31-jährig, als Nachfolger Ludwig Erhards zum Ulmer Direktkandidaten gewählt. Obgleich wertkonservativer Katholik, präsentierte sich Werner als Vorkämpfer einer diskursiven Kommunikationskultur. Über seinen FDP-Kontrahenten ließ er öffentlich verlauten, es wirke sich »nachteilig« auf die Podiumsdiskussionen aus, wenn dieser nicht mitdiskutiere, sondern »nur vorliest«.⁶⁰

In ähnlicher Form vermochte der junge CDU-Landesvorsitzende und Parteimodernisierer Dietrich Rollmann, in Hamburg auf den diskursiven Zug aufzuspringen. Nach innen wie nach außen setzte er seit 1968 auf das Mitreden und das Diskutieren; 1972 ließ er Hausbesuche von CDU-Mitgliedern in einem aussagekräftigen Wählerbrief ankündigen:

»Die Hamburger CDU sucht das Gespräch mit Ihnen. Denn es gibt keine bessere Möglichkeit als das persönliche Gespräch, um über Ziele und Absichten einer Partei zu informieren, zu argumentieren und zu diskutieren. [...] Und wenn Sie unsere Partei nicht mögen – dann kann dieses Gespräch trotzdem ein Gewinn für Sie sein. Denn die nächsten Wochen und Monate verlangen von jedem Bürger, daß er sich nach allen Seiten kritisch informiert. Wenn Sie also ein Freund der fairen politischen Diskussion sind – dann seien Sie bitte so freundlich, unser Gesprächsangebot anzunehmen.«⁶¹

Auf diese Weise ermahnte die CDU im »roten Jahrzehnt« (Gerd Koenen) die Bürger zur »kritischen« Auseinandersetzung mit der Politik und versuchte, die Diskussionslust für eigene Zwecke zu kapitalisieren. Das galt im Übrigen auch für das *Negative Campaigning*. Wenn Springer-Zeitungen oder eine christdemokratische Wählerinitiative 1972 öffentlichkeitswirksam die SPD angreifen wollten, genügte der Vorwurf, sie scheue die »Kritik«. »Ich verstehe nicht, warum Willy Brandt keine Kritik vertragen kann. Er hat doch vieles wirklich nicht gut gemacht«, ließ sich eine Hamburger Drogistin in einem Wähleraufruf für die CDU im Hamburger Abendblatt zitieren.⁶² Auf diese Weise schrieb sich das konservative Lager der 1970er-Jahre in den »kritischen« Diskurs der Zeit ein.

Die diskursive Tugend und die Einladung zur Kritik belegten zugleich die Wahlkämpfer aller Parteien mit der Notwendigkeit intensiverer Vorbereitung. Seit 1969 wurden Parteimitglieder planvoll als Diskutanten auf Veranstaltungen eingesetzt und nach Möglichkeit geschult; die Kernarbeit hatten aber die Direktkandidaten zu leisten, die mithilfe der Lokalpresse einen eklatanten lokalen Popularisierungsschub erfuhren. Sie mussten nicht nur das aktuelle Wahlprogramm kennen, sondern auch die Politik der letzten Jahrzehnte und das Zustandekommen bestehender Gesetze, um für die zahlreichen Diskussionen gewappnet zu sein. Wenn SPD-Wahlkämpfer 1969 anmahnten, es müsse vermieden werden, dass Kandidaten das Ausbildungsförderungsgesetz nicht vom Arbeitsförderungsgesetz zu unterscheiden wussten oder die Probleme der Aufwertung »völlig falsch« darstellten, zeugt das von den erfahrenen Peinlichkeiten im Wahlkampf mit gut informierten Wählerinnen und Wählern. Ihre zunehmend kritischeren Fragen, so hieß es schon 1969 aus Göttingen, könnten »einen normalen Parteibürger aus dem Tritt bringen«. Es galt daher künftig, den

59 Unser Mann in Bonn: Herbert Werner (CDU-Broschüre Ulm, 1972), StA Ulm, G 6, 2.2.1, Fasz. »Bundestagswahlen vom 19.11.1972 CDU/CSU«.

60 CDU kündigt Höhepunkte an: Barzel, Filbinger. SPD: Frauen diskutieren und Männer hüten Kinder, in: Schwäbische Zeitung, 11.11.1972.

61 Dietrich Rollmann, Landesvorsitzender der CDU Hamburg, an »[s]ehr verehrte Dame, sehr geehrter Herr«, Hamburg, September 1972, ACDP, 03-010-047/4.

62 Aktion Wählerverantwortung 72 (Wahlanzeige), in: Hamburger Abendblatt, 16.11.1972; »SPD-Führung scheut Kritik«, in: ebd., 14.11.1972.

Informationsstand der Parteimitglieder »erheblich« zu verbessern.⁶³ Solche lokalen Einsichten aus Kontakten mit einem diskussionswütigen Umfeld setzten Anreize für innerparteiliche Professionalisierungsprozesse.

Angesichts dieser Umstände konnten die Parteien von Glück reden, dass Studentinnen, Studenten und junge Neumitglieder ihnen ihre Diskussionskompetenz freiwillig zur Verfügung stellten, indem sie seit 1969 die Ortsvereine, Ortsverbände und Jugendorganisationen stürmten. Der Diskussionskultur im Wahlkampf war dies jedoch nur bedingt zuträglich. Denn das neue, schneidige Personal monopolisierte den Schlagabtausch auf den Veranstaltungen. Ein Reporter der Südwest Presse klagte 1972 über eine Podiumsdiskussion in Ulm, die 120 Anwesenden würden sich bereits aus anderen Veranstaltungen kennen und könnten einander »meist mühelos in die jeweiligen Sympathisanten-Gruppen einordnen«. Die Diskussionsfragen seien deshalb weniger dem »Wunsch nach Information« entsprungen, sondern dem Zweck, das eigene Lager in gutem Licht darzustellen und den gegnerischen Kandidaten »in Verlegenheit zu bringen«.⁶⁴ Gerade die expandierenden Jugendorganisationen übernahmen in den 1970er-Jahren die Regie in den Diskussionen. CDU-Direktkandidaten sahen sich in ihren Wahlveranstaltungen 1972 nachgerade von den Jusos verfolgt und meinten, eine bundesweite Strategie zu erkennen, »die Diskussionen in CDU-Versammlungen durch gezielte Fragen zu lenken«.⁶⁵ Das Problem, das daraus erwuchs, machte Direktkandidat Herbert Werner selbst deutlich: Die Diskussionen wirkten »programmiert« und der »unentschlossene Wähler« trete darin nicht auf.⁶⁶ So wahrscheinlich es ist, dass Werners Beschreibungen zuträfen: In Zeiten der Alltagspolitisierung bargen solche öffentlichen Aussagen auch politisches Kapital. Werner machte sich damit zum Anwalt des Wahlbürgers, der im Geiste des Sachlichkeitsideals erst durch gewissenhafte Information zu seiner Entscheidung fand und von der »fanatisierten« linken Jugend mutmaßlich um sein Fragerecht auf Wahlveranstaltungen gebracht wurde.

Hinter den Kulissen der öffentlichen Wahlkampfarenen jedoch tat auch die CDU einiges dafür, die Diskussionen zu kanalisieren, um sich gegen eloquente linke Diskutanten zu wappnen. An ihren Informationsständen in den Fußgängerzonen, wo die Parteien bei Straßendiskussionen besonders viele parteiungebundene Wähler treffen konnten, setzte die Hamburger CDU neben verdeckten Ordnern auch verdeckte Diskutanten aus den eigenen Reihen ein, weil sie hinter den diskussionswütigen Passanten häufig gegnerische Parteimitglieder vermutete.⁶⁷ Auch wenn die Straßendiskussionen stets Raum boten für spontane Auseinandersetzungen zwischen Kandidatinnen und Kandidaten und Wählerinnen und Wählern – die Diskussionskultur im westdeutschen Wahlkampf wurde im Verlauf der 1970er-Jahre mehr und mehr von den Parteien kolonisiert.

IV. DIE PARTIZIPATIVE PARTEIENDEMOKRATIE: MOBILISIERUNGSMUSTER UND GRASWURZEL-ORIENTIERUNG

Im Spiel der Parteien mit partizipativen Elementen zeigte sich ihre Anpassungsbereitschaft an die weithin ventilierten partizipativen Ansprüche der Zeit. Die Mitgliedermobilisierung,

63 Klaus Wettig (SPD Göttingen) an den SPD-Bundesgeschäftsführer, 27.11.1969, AdsD, SPD-Parteivorstand, Neuer Bestand, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

64 Nur einmal klatschten alle, in: Südwest Presse, 25.10.1972.

65 Jusos »begleiten« CDU-Kandidat Werner, in: Schwäbische Zeitung, 11.10.1972.

66 CDU kündigt Höhepunkte an: Barzel, Filbinger. SPD: Frauen diskutieren und Männer hüten Kinder, in: Schwäbische Zeitung, 11.11.1972.

67 Teilnehmer am Rednerdienst, Anl. zu: Arbeitskreis Wirtschafts- und Regionalpolitik: Ergebnisprotokoll der Ersten Sitzung der Teilnehmer am Rednerdienst am 26.1.1976, ACDP, 03-010-101/3; Gerhard Weidmann an die Mitglieder des CDU-Landesverbandes Langenhorn, 18.10.1972, ACDP, 03-010-016/4.

die in den beiden Wahlkämpfen der 1970er-Jahre ungekannte Ausmaße annahm – insbesondere aufseiten der SPD –, ist deshalb in erster Linie als kommunikative Strategie zu begreifen, die von den Parteizentralen bewusst verfolgt wurde, um an den Emanzipationsdiskurs der Zeit anzudocken. Indem sie ihre menschlichen Ressourcen im öffentlichen Raum sichtbar machten, erwiesen sie sich als Trägerinnen der partizipativen Demokratie.

Die SPD profitierte unmittelbar von diesem partizipatorischen Diskurs. Denn die jungen Neumitglieder, die ihren Weg von der APO in die Partei und zu den Jusos gefunden hatten, waren ungeheuer agile Wahlkämpfer und verhalfen den Sozialdemokraten zu physischer Überlegenheit in den urbanen Räumen der 1970er-Jahre. Die Partei setzte gezielt auf die Körpermarkierung, um diese Überlegenheit in den Alltagsräumen sichtbar zu machen. Mit dem »Willy wählen«-Button am Revers oder dem Aufnäher am Rocksäum sowie mit Parteiaufklebern auf den Autoscheiben oder dem Tragen von Kampagnennadeln, wozu sie ihre Mitglieder 1976 verpflichtete, konnte die SPD den Eindruck erwecken, die Mehrheit der Stadtbürger stünde auf ihrer Seite. 1976 versuchte die CDU nachzuziehen und stattete ihre Wahlkämpfer mit T-Shirts und Jacken aus; auch mit Deutschlandfahnen sollten Christdemokraten im Stadtbild erkennbar werden.⁶⁸ Doch gerade in den protestantisch geprägten Städten litt die CDU seit jeher darunter, dass sich ihre Mitglieder nicht gern politisch exponieren wollten.

Nicht nur als Werbeträger, auch als Kommunikatoren waren die Parteimitglieder der SPD in den 1970er-Jahren ein unersetzliches Hilfsmittel. In ihrem lokalen Alltag, unter Freunden, am Arbeitsplatz, in der Fabrik oder auf der selbstorganisierten privaten Wahlparty sollten sie Programm und Leistungen der SPD direkt vermitteln. Kontraintuitiv zur vorschreitenden Medialisierung war der Wahlkampf der 1970er-Jahre wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik eine Hochzeit der alten »Mund-zu-Mund-Propaganda«. Das lag insbesondere daran, dass Parteifunktionäre wie Politologen der Überzeugung waren, das Fernsehen sei zwar »wichtigstes Informationsmittel«, doch die politisch *desinteressierten* Wählerinnen und Wähler seien nur informell, durch »hautnahe« Ansprache im Alltag zu erreichen. SPD-Mitglieder sollten deshalb in die Rolle sogenannter Meinungsführer schlüpfen und mit Argumenten ihre Verwandten, Bekannten und Kollegen überzeugen; denn »im persönlichen Gespräch mit Menschen, die man achtet, entsteht nicht nur eine Meinung über ein Auto, einen Film, ein Urlaubsgebiet, sondern eben auch politische Meinung«.⁶⁹ Die Kapitalisierung dieser partizipatorischen Wahlkampfstrategie gegen die CDU zeigte sich etwa darin, dass prominente Sozialdemokraten 1976 öffentlichkeitswirksam postulierten, »[n]icht im Fernsehen«, sondern »im Gespräch der Bürger untereinander« werde die Entscheidung für die Bundestagswahl fallen.⁷⁰

Nicht nur die vermeintlich CDU-feindlichen Massenmedien, auch der Erfolg der SPD in der Face-to-Face-Kommunikation, die für die Teilhabe am partizipativen »Zeitgeist« stehen konnte, setzte die Union im Kampf um Wählerinnen und Wähler unter Druck.⁷¹ Ausgerechnet Peter Radunski, der spätere Nestor des deutschen Fernsehwahlkampfes, wies schon 1970 darauf hin, dass das Fernsehen zwar Informationen liefern könne, aber keinen

68 Wahlkampf 72, in: Hamburger Abendblatt, 14.11.1972; Die Parteien in Bonn setzen zum Endspurt an, in: Badische Zeitung, 25./26.9.1976.

69 Bundestagswahl 1976. Wahlkampfinformation Nr. 4, 30.7.1976, AdsD, SPD-Landesorganisation Hamburg, Mp. 1034, Fasz. »Wahlinfo«; SPD, Handbuch für Kandidaten und Wahlkampfleiter, o. J., Abschn. 8, S. 5; Prominente politisieren für Parteien, in: Neu-Ulmer Zeitung, 11.11.1972; Axel Raulfs, Die Wahlkampf-»Instrumente« der SPD, in: Die Neue Gesellschaft 23, 1976, H. 7, S. 559–561, hier: S. 560f.

70 Argumente nicht Schwarzmalerei, in: Neu-Ulmer Zeitung, 17.8.1976.

71 »Kritisches Fernsehen. Ein Leitfadens« (CDU-Bundesgeschäftsstelle, Regiebuch, 1976), ACDP, 07-001-7126.

Dialog. Die Anhänger der CDU müssten »durch ihre Bereitschaft zu politischen Gesprächen mit Nachbarn, Freunden, Arbeitskollegen die Meinung der Union vertreten und dazu beitragen helfen, daß ihre Zeitgenossen auf der Grundlage der angebotenen Informationsfülle zu einem politischen Urteil kommen können«. ⁷² Genau daran aber haperte es in der noch wenig professionalisierten Partei. Eine Hamburger Kommission zur Analyse der Bundestagswahl kam 1972 zu dem Ergebnis, die Mitglieder der wachsenden CDU seien zu einem großen Teil nicht in der Lage, »die politischen Vorstellungen der Union im persönlichen Gespräch [...] und im Bekanntenkreis zu vertreten«. Gerade eine Oppositionspartei, so führte die Kommission weiter aus, müsse ihre parlamentarische Arbeit aber »in tagtäglicher Kleinarbeit ›an den Mann‹ [...] bringen. *Basisarbeit* hat einen eigenen Rang.« Dazu schlug sie vor, in Betrieben, Schulen und Universitäten Basisgruppen zu bilden und sich »bürgernah« im Alltag der Wähler zu präsentieren. In erster Linie hieß das, sich für die konkreten Belange der Bürger zu interessieren, »um nicht der Gefahr zu erliegen, im Parlament eine Politik zu vertreten, die der Bürger nicht mehr einzusehen vermag«. ⁷³ Das waren grundstürzende Neukonzeptionen politischer Kommunikation in urbanen CDU-Kreisen, die im Grunde die Bürger definieren lassen wollten, was parlamentarisch umgesetzt werden sollte. Auf diese Weise fand der Graswurzelansatz des Protestzeitalters auch in den Reihen der Union Eingang in die Art, Politik zu denken.

Um die »Artikulationsschwäche« der CDU-Mitglieder zu überwinden, sollten sie nach Ansicht der Hamburger Kommission geschult werden und das Diskutieren üben. Dazu bedurfte es vermehrter Mitgliederversammlungen auf Ortsverbandsebene, »auf denen nicht von irgendeinem Referenten stundenlang referiert [sic] wird, sondern vor allem mit einem Sachkenner, besser noch mit zwei Sachkennern mit unterschiedlichen politischen Positionen diskutiert wird«. Mit der Aktivierung der Basisarbeit wollte sich die Hamburger Union explizit der Forderung nach »Demokratisierung« und dem allgemeinen »Linkstrend« in der Gesellschaft anpassen. ⁷⁴ Dass solche Überlegungen Eingang in die Arbeit des Parteivorstands fanden, bezeugen die Projektgruppe »Großstadtarbeit«, die er 1975 ins Leben rief, um Strategien für den direkten Dialog zwischen Partei und Wählern zu entwickeln, und die Herausgabe diverser »Regiebücher«, mit der er seit 1976 die Graswurzelpolitik und die Face-to-Face-Präsenz der CDU in den Großstädten anstoßen und intensivieren wollte. ⁷⁵ Die beanspruchte Rückeroberung der »geistigen Führung« durch die Union – sie sollte sich in der lokalen Praxis in dezidiert partizipative Formen gießen und erwies einmal mehr die Anpassungsbereitschaft beider großer Parteien an die außerparlamentarisch induzierten Verschiebungen des Politischen. ⁷⁶ Sie kondensierte im Konzept der »Bürgernähe«, das in der Basisarbeit der westdeutschen Parteiendemokratie in den 1970er-Jahren florierte.

⁷² Peter Radunski, Mobilisierung der Union, in: Dietrich Rollmann (Hrsg.), Die CDU in der Opposition. Eine Selbstdarstellung, Hamburg 1970, S. 138–147, hier: S. 139.

⁷³ Landesausschuss der CDU Hamburg, Kommission zur Analyse des Ergebnisses der Bundestagswahl 1972, 6.6.1973, Bl. 4–6, ACDP, 02-155-022/1.

⁷⁴ Ebd., Bl. 5f.

⁷⁵ Edelgard Schönau: Protokoll der Projektgruppe »Großstadtarbeit der CDU« vom 18.11.1975 (Abteilung Politik, Gruppe Innenpolitik), 2.12.1975, ACDP, 07-001-7126; Stellungnahme zum Entwurf Regiebuch »Kontakte – Parteiarbeit im vopolitischen Raum«, gez. Lünstroh, 15.7.1975, ebd.

⁷⁶ Zur Forschung, die sich auf Kontakte mit Intellektuellen und Wissenschaft konzentriert und diese urbanen Anpassungen bislang nicht untersucht hat, vgl. Daniel Schmidt, »Die geistige Führung verloren«. Antworten der CDU auf die Herausforderung »1968«, in: Franz-Werner Kersting/Jürgen Reulecke/Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975, Stuttgart 2010, S. 85–107; Hoeres, Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«.

V. VERGNÜGLICHE POLITIK UND DIE GRENZEN DER POLARISIERUNG

Die politische Polarisierung der 1970er-Jahre, die verstärkte Mobilisierung von Wählerinnen, Wählern und Parteimitgliedern wie auch die anhaltenden Störungen außerparlamentarischer Akteure, etwa der K-Gruppen, erhöhten die Wahlkampfintensität und das Risiko tätlicher Auseinandersetzungen.⁷⁷ Es war jedoch, gerade im Vergleich mit Italien, ein Charakteristikum der westdeutschen 1970er-Jahre, dass die Wahlkämpfe nicht nur friedlich, sondern nachgerade »fröhlich« blieben – so ein Attribut, das durch den lokalen Wahlkampfdiskurs geisterte.⁷⁸ Zwei Ingredienzien hegten die Konflikthaftigkeit ein: Zum einen knüpften die lokalen und medialen Akteure weiterhin am normativen Band der »Sachlichkeit«, das sie über die politischen Lagergrenzen hinaus zusammenhielt.⁷⁹ Zum anderen war die politische Kommunikationspraxis der 1970er-Jahre tief durchdrungen von Konsum- und Unterhaltungsmomenten, die statt aufgeheizter Stimmung buchstäblich gute Laune aufkommen ließen.

Die gesamte Wahlkampfberichterstattung der Lokalpresse setzte in den 1970er-Jahren auf Deeskalation. Der Schwerpunkt lag nicht auf dem genauen Nachvollzug thematischer Differenzen und sachlicher Streitigkeiten, sondern auf Anekdoten, Lokalkolorit und der Betonung von Bürgernähe. Die Direktkandidaten wurden dabei zu Projektionsflächen und Trägern des lokalen Friedensgebots, mit wertkonservativen CDU-Kandidaten wie Herbert Werner in Ulm, den die Lokalpresse zitierte: »Ich bin gar nicht so schwarz, wie man mir nachsagt«, oder einem Herbert Wehner, den ausgerechnet die Hamburger Springer-Presse als rauchende und schnaufende, dabei aber lebenswürdige lokale Marke präsentierte.⁸⁰ Als 1972 die Wahlentscheidung gefallen war, berichtete das Hamburger Abendblatt von einer »ruhigen und freundlichen Atmosphäre«, in der die politischen Kontrahenten im Hamburger Rathaus zusammengefunden hätten, um eine »Siegeseier auf hanseatisch« zu begehen.⁸¹ An der eigenen Stadt schien, schlug man die Lokalseiten der Tageszeitungen auf, alle spaltende Kraft und alle politische Unruhe abzurallen, zumindest im Wahlkampf. Auch die terroristische Bedrohung war namentlich in Hamburg, wo etwa im Mai 1972 im Springer-Hochhaus zwei Bomben explodiert und weitere entschärft worden waren und insgesamt 17 Menschen Verletzungen davongetragen hatten, im lokalen Wahlkampfdiskurs der 1970er-Jahre auffällig absent.⁸²

Direktkandidaten und Politikprominenz übten sich indes in der Beschwörung von Toleranz und guten Sitten und bezichtigten die APO gern der »Volksverhetzung«.⁸³ Geradezu gegen die Praxis außerparlamentarischer Störer eigneten sich die Granden des westdeutschen Politikbetriebs im Wahlkampf nun den Begriff der »Demokratie« an. Hatte er in den 1950er- und 1960er-Jahren allenfalls das staatliche Gehäuse bezeichnet, in dem

77 Vgl. *Mergel*, Propaganda nach Hitler, S. 143–145.

78 Sachlich und fröhlich um die Gunst der Wähler werben, in: *Südwest Presse*, 21.10.1972.

79 Vgl. *Thomas Mergel*, Der mediale Stil der Sachlichkeit. Die gebremste Amerikanisierung des Wahlkampfes in der politischen Selbstbeobachtung der alten Bundesrepublik, in: *Bernd Weisbrod* (Hrsg.), *Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Bundesrepublik*, Göttingen 2003, S. 29–53.

80 Sachlich und fröhlich um die Gunst der Wähler werben, in: *Südwest Presse*, 21.10.1972; Nie Mangel an Publikum, in: *Hamburger Abendblatt*, 23.9.1976.

81 Siegesfeier – auf hanseatisch, in: *Hamburger Abendblatt*, 20.11.1972.

82 Die Hamburger Polizei war im Wahlkampf 1972 durch die Ermittlungsarbeit im »Baader-Meinhof-Komplex« massiv beansprucht, vgl. Freie und Hansestadt Hamburg, Justizsenator, an Oswald Paulig, Dietrich Rollmann, H. F. Arming, 4.10.1972, AdSD, SPD-Landesorganisation Hamburg, Mp. 1031. Die Lokalpresse jedoch machte im Wahlkampfdiskurs kein Aufheben davon.

83 Barzel füllt das Kornhaus, in: *Neu-Ulmer Zeitung*, 16.11.1972; Barzel: Die Regierung hat versagt, in: *Südwest Presse*, 16.11.1972.

sich die Wählerinnen und Wähler wiederfanden (und war als solcher äußerst selten im Wahlkampfdiskurs aufgetaucht), stand er nun für einen zivilen Verhaltenskodex. So konnte ein Hans-Dietrich Genscher 1976 auf einer Kundgebung mit demonstrativer Gelassenheit den Störungen maoistischer Gruppen mit den Worten begegnen: »Das sind die Gegner aller Demokraten in diesem Lande.« Solche Sätze wurden zu Schlagzeilen der Lokalpresse, verbunden mit Hinweisen auf die Fähigkeit der Politik, mit den »undemokratischen« Angreifern fertigzuwerden.⁸⁴

Vor Ort gediehen die Direktkandidaten in den 1970er-Jahren zu Hütern demokratischer Moral und lobten die »anhaltende Sachlichkeit und Fairneß« bei den Diskussionen wie im lokalen Wahlkampf insgesamt. Tatsächlich waren persönliche Angriffe kaum anzutreffen.⁸⁵ Schon eher wurden die Wählerinnen und Wähler hin und wieder ermahnt, wobei Politik und Presse an einem Strang zogen. Zwischenrufe wie »Quatschkopp« hätten, so die Südwest Presse, auf Wahlversammlungen gewiss nichts mit Fairness zu tun.⁸⁶ Der Ulmer SPD-Kandidat Karl-Hans Kern, ein evangelischer Pfarrer, verließ kurzerhand eine Podiumsdiskussion, nachdem ein Teilnehmer laut »Schiebung« gerufen hatte, als Kern auf die Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt eingegangen war. Die Schwäbische Zeitung sprach von »Kandidaten-Protest« und dokumentierte so, wie sich die Parteiendemokratie die Praktiken des Protestzeitalters aneignete, um ihre eigenen Spielregeln zu verteidigen.⁸⁷

Weitaus sichtbarer als solche erzieherischen Episoden waren aber Praktiken, die den Wohlfühlfaktor der westdeutschen Kulturkampfatmosphäre *in actu* verbrieften. Der westdeutsche Wahlkampf der 1970er-Jahre hatte mindestens so viel mit Grillwurst und Bier, Tanz und Musik, Kinderfest und Tombola zu tun wie mit harten politischen Auseinandersetzungen – wenn nicht sogar mehr. 1969 muss als Höhepunkt der »sachlichen« Auseinandersetzung gelten; ab 1972 standen schon die »Wahlparty« und der »Kaffeenachmittag« (für die Senioren) im Vordergrund, und damit wohl auch die Vergemeinschaftung jener, die bereits eine politische Überzeugung teilten und gar nicht mehr kontrovers diskutieren mussten. 1976 empfahl die SPD-Wahlkampfzentrale explizit, dass Wahlkampf und »Volksbelustigungen« Hand in Hand gehen müssten. Das empfohlene Arsenal umfasste Kinderfeste und Feuerwerk, Wanderungen und Radtouren, den Tanz in den Mai oder Dampferfahrten.⁸⁸

Die lokalen Wahlkampfkalender zeigen, dass die Verbände beider großer Parteien die »Volksbelustigung« überaus ernst nahmen. Altonaer Wählerinnen und Wähler erwarteten 1976 Kneipenveranstaltungen unter dem Motto »Auf ein Bier«, eine »Strandparty«, eine »Jungwählerfete« und Kindernachmittage – alles organisiert von der SPD. Vor allem die Jugend war von solchen Formaten angetan, und wer von den Angeboten der Parteien nicht genug bekam, lud im Wahlkampf zur »Privat-Party« ein.⁸⁹ Die sich ausbreitende urbane Fest- und Freizeitkultur der 1970er-Jahre war Humus für die Alltagspolitisierung, wie sich mit Blick auf eine Wahlkampfwoche in Hamburg-Eimsbüttel im Spätsommer 1976 zeigt: Abgeordnete und Direktkandidaten von SPD, CDU und FDP erschienen hier bei Volks- und Straßenfesten, auf Kinderspielplätzen, bei Laternenumzügen, auf Platzkonzerten, in

84 »Das sind die Gegner aller Demokraten!«, in: Hamburger Abendblatt, 24.9.1976.

85 Parteien werden doch viel »Prominenz« im Wahlkreis Ulm in den Kampf schicken, in: Schwäbische Zeitung, 17.10.1972.

86 Nur einmal klatschten alle, in: Südwest Presse, 25.10.1972.

87 Wahlkampf wird härter und origineller. Kandidaten-Protest, Privat-Party und Songs, in: Schwäbische Zeitung, 24.10.1972.

88 Bundestagswahl 1976. Wahlkampfinformation Nr. 2, 27.2.1976, AdsD, SPD-Landesorganisation Hamburg, Mp. 1034, Fasz. »Wahlinfo«.

89 SPD, Kreis Altona: Wahlkampfveranstaltungen im Kreis Altona vom 2. Juli bis zum 3. Oktober 1976, 1.9.1976, AdsD, SPD-Landesorganisation Hamburg, Mp. 1033; Wahlkampf wird härter und origineller. Kandidaten-Protest, Privat-Party und Songs, in: Schwäbische Zeitung, 24.10.1972.

Festzelten, auf Richtfesten, »Volksfeten« und Jazz-Meetings, und nicht selten kamen die Parteiverbände für Bier und Grillwürstchen auf.⁹⁰

Durch Magen und Beine ging die Alltagspolitisierung auch bei Treffen mit der Bundesprominenz und während der Diskussionsbegegnungen selbst. Bundesminister a.D. Horst Ehmke lud die Ulmer 1976 zu »Bier und Musik« auf den Münsterplatz, während sich die Lokalpresse bemühte, hervorzuheben, dass dabei die »Argumente« im Vordergrund gestanden hätten.⁹¹ Miniaturen eines solchen Formats waren die »Politischen Frühschoppen« mit den Direktkandidaten, die seit 1969 zum urbanen Wahlkampfpertoire gehörten. Auch einem Ludwig Erhard konnte man in Ulm zu solchen Gelegenheiten zuprosten, gemeinsam mit 400 Trinkkumpanen und natürlich mit Diskussion.⁹² In Hamburg nutzten die Direktkandidaten die unzähligen, traditionell sonntags stattfindenden Frühschoppen in den 1970er-Jahren, um die Wählerinnen und Wähler über die Politik des Bundestags informiert zu halten.

Auch die Straßendiskussionen fanden in einem Setting statt, das man sich in den Worten der Südwest Presse zunehmend eher als »Potpourri der guten Laune mit politischer Tendenz« vorzustellen hat. Die Info-Stände der Parteien, um die sie organisiert waren, ähnelten 1976 eher einem Weihnachtsbasar: Zwischen Broschüren, Fähnchen, Anstecknadeln und Postern, wofür zum Teil Geld zu bezahlen war, boten die Parteien Kekse, Obst oder Weißwürste feil, bisweilen begleitet von einer Dixie-Band. In einer solchen Atmosphäre fand 1976 auch die NPD mit einem eigenen Stand in der Ulmer Fußgängerzone Platz.⁹³ Unter den drohenden »Freiheit oder Sozialismus«-Wahlplakaten der CDU traf man sich so, wie schon in den beiden Wahlkämpfen zuvor, buchstäblich mit der Karstadt-Tüte oder mit dem Bierglas in der Hand. Dieser konsumorientierte Rahmen codierte die politische Kommunikationspraxis als eine höchst »zivile«, also nichtmilitante Angelegenheit in angenehmer Atmosphäre. Darin lag ein Schlüssel für die Friedlichkeit der Face-to-Face-Begegnungen in einer politisch erhitzten Zeit, auch noch 1980, als allein die Präsenz eines Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß noch einmal zahlreiche junge, auch militante Wählerinnen und Wähler für die SPD mobilisierte.

VI. WELKE BLÜTEN – ZEICHEN DER ERNÜCHTERUNG SEIT 1976

Zugleich aber drohte die seichte »Verpackung« in Zeiten eines mächtigen Politisierungsdiskurses zum Bumerang zu werden. Seit 1976 waren Stimmen zu vernehmen, die den Parteien vorwarfen, mit allerlei »Schnickschnack« und »Klimbim« die politisch interessierten Wählerinnen und Wähler für dumm zu verkaufen. Einem »billigen Wahlkampf« sahen sich viele Wählerinnen und Wähler ausgesetzt, so meinte das Hamburger Abendblatt zu beobachten: »Vom Inhalt her dagegen ließ dieser Wahlkampf bis heute alles zu wünschen übrig, was man sich nur wünschen konnte. [...] Als hätten sämtliche Politiker der Bundesrepublik untereinander abgesprochen, nur nicht zur Sache zu reden.«⁹⁴ Einem normativen Verständnis von politischer Kommunikation gemäß konnte die vergnügliche und konsensbetonte Politik – das Kaffeekränzchen, die Seniorenfahrt, die schwarz-rot-

90 SPD-Landesorganisation Hamburg, Kreis Eimsbüttel: Pressemitteilung: Veranstaltungskalender, 30.8.1976, AdsD, SPD-Landesorganisation Hamburg, Mp. 1033, Fasz. »Veranst. in Altona«.

91 Argumente nicht Schwarzmalerei, in: Neu-Ulmer Zeitung, 17.8.1976.

92 »Ernste Lage nicht zu übersehen«, in: Südwest Presse, 8.9.1969; CDU informiert, in: Südwest Presse, 13.9.1969.

93 Südwest Presse, 27.9.1976; Fußgängerspaß bei großer Politik und kleinen Tricks, in: Südwest Presse, 30.8.1976.

94 Mehr Wahlkampf als Wahlkampf, in: Hamburger Abendblatt, 27.9.1976.

goldenen Ornamente an Wahlplakaten und Wahlaccessoires – nun als Strategie gelten, um sachliche Konflikte zu vermeiden oder über das Fehlen klarer politischer Inhalte hinwegzutäuschen.⁹⁵

Was die Wählerinnen und Wähler einst auf die Kommunikationsforen der Parteien-demokratie getrieben hatte, die Sachorientierung als Entscheidungshilfe bei der Wahl zwischen zwei klaren politischen Alternativen, wurde im Laufe der 1970er-Jahre mehr und mehr vermisst. Das war ironischerweise eine Konsequenz aus Politisierung und Polarisierung selbst: Ein Wahlvolk, das sich aktiv auf eine Seite schlagen wollte, warf seinen Vertretern vor, keine klare Kante zu zeigen, so jedenfalls präsentierten es die Lokalredaktionen. Den Wahlkampf von 1976 beurteilte die Badische Zeitung als recht »spannungslos«, von Kampf sei eigentlich nichts zu spüren.⁹⁶ Schon 1972 hatte dem Hamburger Abendblatt der »kämpferische Elan« gefehlt; und die Südwest Presse befand nach einer Podiumsdiskussion, die beiden Ulmer Direktkandidaten Kern und Werner grenzten sich zu wenig voneinander ab und scheuten klare Zuordnungen zu einem politischen Flügel innerhalb ihrer Parteien. »Alternativen, die dazu führen, dem einen und nicht dem anderen das Kreuz auf dem Stimmzettel zu geben, wurden nicht aufgezeigt; zwei Stunden Wahlkampf, der sehr fair und sehr ausgewogen war – aber letztlich nicht zur Wahlentscheidung am 3. Oktober beitragen konnte.« Die Lust an der Unterscheidbarkeit ging so weit, dass es die Pressebeobachter als eine Wohltat für die Diskussionskultur bezeichneten, wenn auch die NPD und die DKP ihre Vertreter auf Podiumsdiskussionen schicken würden.⁹⁷ Vonseiten der Wähler, so machte der urbane Wahlkampfdiskurs der 1970er-Jahre deutlich, wurden klare Zuordnungen zu »rechts« und »links« entschieden eingefordert.

Es war der Fluch der Politisierung, dass politisch Interessierte dem Wahlkampf zunehmend »Waschmittelniveau« attestieren konnten, das politisches Interesse »tötet«. »Guck dir doch mal den ganzen Zirkus hier an«, meinte eine 20-jährige Straßenverkäuferin 1976 gegenüber einer Ulmer Lokalreporterin mit Blick auf die kommerzialisierten Info-Stände der Parteien in der Fußgängerzone.⁹⁸ Der Vorwurf fehlender Inhalte, der solchen Monita zugrunde lag, richtete sich seit 1976 nicht nur an die Parteien als solche, sondern an ihre professionellen und sozialwissenschaftlichen Berater. Denn diese, so war in der Lokalpresse zu lesen, richteten das Augenmerk des Wahlkampfs immer mehr auf die unentschiedenen Wechselwählerinnen und -wähler aus, die im Zuge der zeitgenössischen »Individualisierungs«-Diagnose ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückten. Umstritten war, ob sie mit sachlichen Argumenten zu überzeugen waren oder nicht. Vor Ort bejahten die Verfechter sachorientierter Politisierung das, die Parteien indes neigten traditionell dazu, die Wechselwählerinnen und -wähler als »unpolitisch« einzustufen, und die Demoskopien waren sich uneinig.⁹⁹ In jedem Fall zog die politisierte lokale Öffentlichkeit die Figur des unentschiedenen Wählers und die Sozialwissenschaftler als Sündenböcke für die zunehmende Ununterscheidbarkeit der beiden Volksparteien heran. So hieß es im Hamburger Abendblatt 1976, es sei zu einer Verflachung der Argumente gekommen, weil die Parteien Angst hätten, die 11% der Wahlberechtigten zu verprellen, die kurz vor der Wahl immer noch unentschieden seien. Die Soziologen und Meinungsforscher hätten den Parteien eingebläut,

95 So etwa auch bei *Monika Bethscheider*, Wahlkampfführung und politische Weltbilder. Eine systematische Analyse des Wahlkampfs der Bundestagsparteien in den Bundestagswahlkämpfen 1976 und 1980, Frankfurt am Main/Bern etc. 1987, S. 77f. und 81f.

96 Kohl: Nominierung auch bei einem Patt, in: Badische Zeitung, 27.9.1976; Juristisches Gerangel, in: ebd.

97 Bei der Plakat-Werbung blieben die Parteien zahm, in: Hamburger Abendblatt, 15.11.1972; Nur einmal klatschten alle, in: Südwest Presse, 25.10.1972.

98 Verwirrt und verunsichert wie nie zuvor, in: Südwest Presse, 1.10.1976.

99 Vgl. *Kruke*, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland, S. 334–344.

Wähler ließen sich von sachlichen Argumenten ohnehin nicht überzeugen. Man werde leider nicht herausfinden, ob diese »Theoretiker« recht hätten, denn alle Parteien hielten sich ja an ihren Rat, »der sachbezogenen Debatte aus dem Weg zu gehen«. ¹⁰⁰ 1980 dann war das Fehlen »an geeigneten Problempunkten zur geistigen und/oder rhetorischen Auseinandersetzung« ein häufig anzutreffendes Lamento der Lokalpresse. ¹⁰¹

Handelte es sich hierbei um einen handfesten Konflikt zwischen einem politisierten Teil der westdeutschen Öffentlichkeit und einem parteipolitischen ›Establishment‹, das zunehmend schlecht beraten schien und zudem noch mit Helmut Kohl oder Johannes Rau auf Typen setzte, denen das Fehlen von Ecken und Kanten attestiert werden konnte ¹⁰², produzierte die Alltagspolitisierung der 1970er-Jahre auch andere selbstdestruktive Effekte, die wesentlich in erschöpflichen Ressourcen begründet lagen. In der innerparteilichen Arbeit traten gerade unter den zahlreichen jungen Aktivisten, die für den urbanen Wählerkontakt so wichtig waren, rasch Zeichen der Demotivation auf, wenn »um jeden Pfennig Geld [...] gebettelt« werden müsse, wie die Schülerorganisation der Hamburger Jungsozialisten, der Sozialistische Schülerbund Hamburg (SSB/H), 1979 klagte. Mit Blick auf die anstehende Wahlkampfarbeit mahnte er auf dem Landesparteitag, die Unzufriedenheit sozialdemokratischer Schülerinnen und Schüler und der Jungsozialisten über das Desinteresse der SPD, auf das sie die schlechte finanzielle Ausstattung des Schülerbundes zurückführten, treibe die Jungwähler der Bunten oder Grünen Liste zu, wie sich bereits bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg gezeigt habe. »SSB/H-Schülerarbeit ist Wahlkampf um die Wähler von morgen« – nimmt man diese Klagen ernst, dann war die Wanderung der Jungen zu den nicht etablierten politischen Kräften ein Ausweis der Enttäuschung über fehlende materielle Unterstützung der politischen Arbeit für die Parteiendemokratie. ¹⁰³

Auch der Fall der Hamburger Morgenpost, die 1980 vor dem Aus stand, deutet darauf hin, wie sehr Ressourcenarmut in jener Zeit demotivieren konnte. SPD-Gliederungen und Herbert Wehner höchstpersönlich wollten das sozialdemokratische Flaggsschiff im BILD-Zeitungs-Format mit Spenden am Leben erhalten, doch führende Funktionäre der Hansestadt warnten vor den fatalen Wirkungen einer solchen Rettungsaktion: Sie würde in den Gremien, der breiten Mitgliedschaft und der Leserschaft solche Erwartungen wecken, dass »ein Scheitern dieser Aktion zu einer großen Enttäuschung und Entsolidarisierung mit un-absehbaren Folgen führen« werde. ¹⁰⁴ Ressourcenmangel schien ein emotionales Thema, und hierin äußerten sich tatsächlich die Folgen der Krisenwahrnehmungen, die sich in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre immer stärker auch im westdeutschen Alltag manifestierten.

Nicht nur für die innerparteiliche Moral, auch für die Kommunikationsbereitschaft mit der Parteiendemokratie hatte die Ernüchterung über die materielle Machbarkeit von Politik destruktive Konsequenzen. In besonderem Maße von der steigenden Arbeitslosigkeit betroffen, präsentierten sich die Jugend 1976 zunehmend als widerwillig, am Wahlkampfgeschehen teilzunehmen. Eine 19-jährige Reporterin kam auf den Straßen von Ulm mit knapp 50 Jugendlichen ins Gespräch, die noch vor Kurzem in »politischen Organisationen sehr engagiert gewesen« seien, inzwischen aber, ohne Job, resigniert hätten. Sie wür-

100 Mehr Wahlkampf als Wahlkampf, in: Hamburger Abendblatt, 27.9.1976.

101 Schwarzer Peter als Wahlkampfspiel, in: Schwäbische Zeitung, 20.9.1980.

102 Wahlkampf auf weicher Welle, in: Schwäbische Zeitung, 16.9.1980. Zu Kohl vgl. *Andreas Wirsching*, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 23–26.

103 SPD-Landesorganisation Hamburg, Landesparteitag am 29.9.1979, Drucksache Nr. H 10, Kreis III-Eimsbüttel, AdsD, SPD-Kreisverband Hamburg-Altona, Mp. 37.

104 Oswald Paulig an Willy Brandt, 20.12.1979, Anlage zu: Werner Noll an die Mitglieder des Landesvorstands, 19.12.1980, Vorlage Nr. 140/80 Landesvorstand am 7.1.1980, AdsD, SPD-Kreisverband Hamburg-Altona, Mp. 29.

den nicht zur Wahl gehen, denn für sie persönlich werde sich durch die Wahl nichts ändern. »Jeder fand den Wahlkampf stinklangweilig, ob er es nun so ausdrückte oder anders.« Einer der Befragten wollte die CDU wählen, weil er sich durch deren Beziehungen zu den Unternehmern mehr Arbeitsplätze erhoffte; ein 21-Jähriger wählte aus demselben Grund NPD, denn »zu Hitlers Zeiten« seien alle beschäftigt gewesen und »ein starker Mann, der allein bestimmt«, werde für mehr »Disziplin« sorgen. Im Medium solcher Wählerinnen und Wähler wurde nun auch der Wert der Diskussion erstmals seit 1969 öffentlich zur Disposition gestellt, denn in persönlichen Krisensituationen, so wurde die Äußerung des jungen Enttäuschten wiedergegeben, führten Diskussionen zu gar nichts. Die Reporterin resümierte, aus Sicht der Jungen gebe der Wahlkampf keinen Anhaltspunkt, »welche Partei nun wirklich die bessere Politik machen wird«.¹⁰⁵ Als die wirtschaftlichen Krisenerfahrungen im Alltag der Wählerinnen und Wähler ankamen und den Glauben an Fortschritt und die Machbarkeit der Modernisierung erschütterten, setzten Distanzierungen in der politischen Kommunikationspraxis ein. Die um sich greifende Einsicht in die Realität beengter Ressourcen dämpfte, gepaart mit dem Gefühl, Politikerinnen und Politiker scheuten sich im direkten Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor konkreten Konzeptvorschlägen, sowohl die hohen Erwartungen an die Sinnhaftigkeit parteipolitischen Engagements als auch die Überzeugung, dass es sich lohne, im Wahlkampf mit politischen Vertretern in Kontakt zu treten.¹⁰⁶ Der Vorwurf der Ununterscheidbarkeit und mangelnder Inhalte war Zeichen der Ernüchterung, die auf ein beachtliches Maß vorangegangener Nähe zwischen Wählern und Parteiendemokratie folgte.

VII. FAZIT

Bevor die parlamentarische Politik in der Bundesrepublik Ende der 1970er-Jahre in Legitimationsschwierigkeiten geriet, blühte sie auf ungeahnte Weise auf: Zwischen 1969 und 1980, mit einem spürbaren Höhepunkt im Wahlkampf 1972, kamen sich Wahlvolk und Parteiendemokratie ausgesprochen nahe und kommunizierten in einer Form, die dem politischen ›Establishment‹ in diversen öffentlichen und privaten Arenen Legitimität verbriefte. Der Beitrag hat die Politisierung, die dieser Blüte politischer Verständigung zugrunde lag, als Alltagspraxis untersucht. Sie bestand im Wesentlichen aus der Adaption und dem kalkulierten Einsatz partizipativer Elemente und Argumente durch Parteien, Wahlbürger und Medien gleichermaßen, wobei der Lokalpresse als Verstärkerin des Politisierungsdiskurses eine zentrale Bedeutung zukam. Grundlegendes Moment westdeutscher Politisierung war die Sachorientierung, der Austausch über konkrete Politikinhalte, und in dieser Hinsicht war sie nicht nur Zeichen der Reformeuphorie im Zeichen von Modernisierung und politischem Steuerungsglauben, sondern auch Begleiterscheinung einsetzender Verunsicherungen über die Dauerhaftigkeit von Wohlstand und Wachstum, die den Richtungswahlcharakter von 1969 und 1972 ausmachten. Nicht nur Euphorie, auch »Sorge« ließ gerade konservative Wählerinnen und Wähler im Wahlkampf auf die Foren der Parteiendemokratie strömen.

In praxeologischer Hinsicht war es sodann der Einfluss der APO, der Wählerinnen und Wähler und Parteien stärker als je zuvor miteinander ins Gespräch brachte. Dass die Diskussion 1969 zur ultimativen Tugend politischer Kommunikation avancierte, lag daran, dass Studentinnen und Studenten sie in den Wahlkampf hineintrugen, Wahlbürger ihnen nachfolgten und die politischen Parteien sich darauf einstellten. Mag die Geschichtswissenschaft auch »1968« inzwischen einhellig als »Chiffre für die Hochphase eines längeren

¹⁰⁵ Verwirrt und verunsichert wie nie zuvor, in: Südwest Presse, 1.10.1976.

¹⁰⁶ Staatsschulden beschäftigen Bürger und Parteipolitiker, in: Südwest Presse, 8.9.1980.

politisch-kulturellen Wandlungsprozesses« verstehen, so ist doch der jüngst geäußerte Hinweis, die *konkreten* Wirkungen der »68er« nicht zu unterschätzen, richtig.¹⁰⁷ Nicht nur für den diskursiven Austausch zwischen Wählern und Gewählten vor Ort bedeutete »1968« einen zentralen Einschnitt.¹⁰⁸ Auch die emanzipatorischen und partizipatorischen Ansprüche seiner Protagonisten fanden in den 1970er-Jahren spürbare Resonanz in den Arenen der Parteiendemokratie, indem politische Überzeugungsarbeit und Werbung regelrecht in die Hände von Parteimitgliedern und mündlicher Kommunikation gelegt und Wahlbürgern bei der Bestimmung und Aushandlung politischer Themen die Rolle aktiver Sprecher zuerkannt wurde. Auf diese Weise konnte insbesondere die SPD den Emanzipationsdiskurs der Zeit für ihre Selbstvermarktung nutzen; doch auch die städtische CDU schwamm als Oppositionspartei auf der Welle der Politisierung mit, erinnerte die Wählerinnen und Wähler an ihre Pflicht zur »Kritik« und entwickelte seit Mitte der 1970er-Jahre Strategien, um in der Alltagspraxis »Bürgernähe« zu beweisen. Umrahmt waren diese Politisierungsprozesse von einer intensiven Unterhaltungs- und Konsumkultur, die Wahlkampf in polarisierten Zeiten zu einer vergnüglichen Angelegenheit werden ließ und vor allzu hochkochenden Emotionen schützte. Die erfolgreiche Eroberung der urbanen Freizeiträume durch politische Parteien zeugt auch vom Aufleben regelrechter Milieupraktiken in Zeiten der »Individualisierung«.

Die Praxis der Alltagspolitisierung weckte hohe Erwartungen an die Bringschuld der Parteiendemokratie und gab zudem ein Maß vor, an dem sie sich künftig zu messen hatte. Eine politisch interessierte, informierte, polarisierte und mitmachbereite Öffentlichkeit konnte seit 1976 den Parteien mehr und mehr »fehlende Argumente« und mangelnde Unterscheidbarkeit vorwerfen. Überdies dämpften die Ankunft konkreter Krisenerscheinungen und die Erfahrung begrenzter Ressourcen im Alltag parteipolitischen Engagements den Glauben an die politische Steuerbarkeit von Wohlstand und damit an die Sinnhaftigkeit des intensiven Austauschs mit dem parlamentarischen Betrieb. Erst durch diese Ernüchterungen nach einem wahrhaftigen Rausch der Verständigung werden die Legitimitätsdefizite parlamentarischer Repräsentation plausibel, die dem »Wandel des Politischen« in den 1980er-Jahren zugrunde lagen.¹⁰⁹ Als sich die Arenen der Parteiendemokratie trotz anhaltender Normen wie Diskussion und Sachorientierung im Wahlkampf 1980 zu leeren begannen¹¹⁰, kam eine Katerstimmung auf, die ohne den Rauschzustand der 1970er-Jahre nicht denkbar gewesen wäre.

107 Axel Schildt, *Überbewertet? Zur Macht objektiver Entwicklungen und zur Wirkungslosigkeit der »68er«*, in: Udo Wengst (Hrsg.), *Reform und Revolte. Politischer und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik vor und nach 1968*, München 2011, S. 89–102, hier: S. 94 (Zitat) und 96–98.

108 Vgl. auch Elisabeth Zellmer, *Zwischen gesellschaftlichem Wandel und weiblicher Parteilichkeit. Frauenbewegung und Feminismus der 1970er Jahre in München*, in: ebd., S. 75–87, hier: S. 77.

109 Dietmar Süß/Meik Woyke, *Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive*, in: AfS 52, 2012, S. 3–20; Bernhard Gotto, *Enttäuschung als Politikressource. Zur Kohäsion der westdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren*, in: VfZ 62, 2014, S. 1–33, insb. S. 4.

110 Vgl. etwa *Mit Ergebnis unzufrieden. Mehr Basisarbeit nötig*, in: Südwest Presse, 11.10.1980; *Staatsschulden beschäftigen Bürger und Parteipolitiker*, in: Südwest Presse, 8.9.1980.